

**Bezugspreis:**  
Vierteljahr 30,- M., monatlich 10,- M.,  
bei ins Haus, voraus zahlbar. Post-  
bezugs: Monatlich 10,- M., ein-  
malige Anzahlgeld. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich 16,50 M.,  
für das übrige Ausland bei täglich  
einmaliger Zustellung 21,50 M. Post-  
bestellungen nehmen an Österreich,  
Ungarn, Litauen, Slowakei, Dän-  
mark, Holland, Luxemburg, Schweden  
und die Schweiz - Eingetragen in  
die Postverkehrs-Verordnungen.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint  
wöchentlich zweimal, Sonntags und  
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Der abgedruckte Anzeigenpreis  
betragt 2,50 M. „Kleine Anzeigen“  
das gesetzlich vorgeschriebene Wort  
1,50 M. (zwei-  
silbige zwei- oder dreisilbige Wörter, jedes  
weiteres Wort 1,- M., Stellenangebote  
und Schlußzeilenanzeigen das erste  
Wort 1,- M., jedes weitere Wort  
50 Pf. Wörter über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Wörter. Familien-An-  
zeigen für Abonnenten Zeile 2,- M.  
Die Preise verstehen sich einschließlich  
Leitungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 5 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Schluß  
um 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190 - 15197

Freitag, den 11. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753 - 54

## Auf zur Volksabstimmung!

### Eine Ansprache Eberts.

Zum Abschied von den Oberschleslern, die Donnerstag nachmittag die Reise zur Volksabstimmung im Sonderzug angetreten haben, hatten sich Reichspräsident Ebert und der preussische Ministerpräsident Braun auf dem Görtzener Bahnhof eingefunden. Dabei wurde folgende

#### Ansprache des Reichspräsidenten.

gehalten:

Ehe Sie nach Oberschlesien fahren, möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen zugleich namens der Reichsregierung einen herzlichen Abschiedsgruß zuzurufen. Sie reisen in Ihre Heimatland, um freudiger Herzens einer patriotischen Pflicht zu genügen: Sie wollen durch die Abgabe Ihres Stimmzettels bekunden, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden bleiben soll. Sie legen darüber hinaus auch Zeugnis ab dafür, daß wir Deutsche zusammengehören, nicht allein in guten Tagen, sondern auch in Zeiten schwerster Not. Nichts soll uns in den großen Lebensfragen unseres Vaterlandes voneinander trennen. Einig und gemeinsam müssen wir uns aus den Nöten der Zeit herausarbeiten und eine bessere Zukunft erkämpfen. Und diese Zuversicht bitte ich Sie auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Segnen Sie auch dort Ihr Bestes ein! Es geht um die Heimat, es geht um Deutschland.

So danke ich Ihnen allen, die Sie den Anstrengungen dieser Fahrt sich unterzogen haben, für dies Bekenntnis, das gerade in diesen schicksalsschweren Tagen uns besonders erhebt. Von Herzen wünsche ich Ihnen glückliche Reise und einen schönen Abstimmungs-Tag!

#### Begrüßung in Oberschlesien.

Oppeln, 10. März. (W.B.) Die ersten Sonderzüge mit Reichs-Oberschleslern sind heute vormittag in Oberschlesien eingetroffen. Die spontanen Begrüßungen durch die Bevölkerung auf den Bahnhöfen gälten sich zu machtvollen Kundgebungen für Deutschland. Nachrichten über Beanstandungen oder Schwierigkeiten beim Grenzübertritt sind nicht bekannt geworden. Die von den leitenden Stellen getroffenen Vorkehrungen- und sonstigen Maßnahmen werden lebend und dankbar anerkannt. Die Besetzung der Züge ist überall gut. Transportführungen irgendwelcher Art sind nicht eingetreten.

#### Achtung, wer noch keine Wahlkarte hat!

Breslau, 10. März. (W.B.) Nach amtlicher Mitteilung der internationalen Kommission in Oppeln sind die Wahlkarten (außer Wahlberechtigte) jetzt gänzlich versandt. Es fehlen nur noch einige wenige, die der Entscheidung der Kommission unterliegen. Die Entscheidung über diese letzten Wahlkarten wird den betreffenden Stimmberechtigten durch die Kommission telegraphisch mitgeteilt, und zwar im Falle der Annahme ihres Stimmantrages mit dem Hinweis, daß die Wahlkarte an den Magistrat Breslau gefandt wird. Alle Stimmberechtigten, die ein solches Telegramm erhalten, müssen sich umgehend bei ihrer Ortsgruppe der heimats-treuen Oberschlesler und sind von dieser über Breslau zu leiten. In Breslau melden sie sich bei dem Magistratsbeamten auf der Auskunftsstelle Breslau Hauptbahnhof. Jeder Abstimmungs-berechtigte wartet mit der Adresse also bis zum Empfang seiner Stimmkarte oder des vorstehend erwähnten Telegramms der Entenkommission.

#### Polnische Wahlabsotage.

Die Polen versenden neuerdings nach gemachte Befehle ober-schlesischer Plebiszitkommissionariate (meist mit dem Poststempel Berlin W.B.), in denen den Abstimmungs-berechtig-

ten mitgeteilt wird, sie seien nicht eingetragen. Es handelt sich hier zweifellos um Fälschungen, da dem größten Teil der Empfänger die Nachricht über die Eintragung bzw. die Wahlkarten-passierscheine bereits zugegangen waren.

Wäge sich niemand dadurch von der Reise zur Abstimmung abhalten lassen, sondern durch sofortige Rücksprache bei der Orts-gruppe unter Vorlegung seines Wahlkartenpassierscheines sich ver-gewissern, daß eine Fälschung vorliegt.

#### Der unerhörte Mißgriff.

Der W.B.-Bericht über die Festnahme der internatio-nalen Gewerkschaftsdelegation bei ihrer Rückkehr aus Breslau bemüht sich, wie es bei offiziellen Erklärungen üblich ist, den ganzen Vorfall als recht belanglos hinzustellen und den Irrtum sei sofort aufgeklärt „und die Herren mittels zur Verfügung gestellter Autos in ihre Hotels befördert“ worden.

Die betroffenen ausländischen Genossen sind die letzten, die die Angelegenheit tragisch nehmen, aber um so mehr ist es unsere Aufgabe, gegen diesen unerhörten Mißgriff entschieden zu protestieren und den beschwichtigenden W.B.-Bericht in gewissen Punkten richtigzustellen:

Die angebliche sofortige Zustimmung des Reichspräsidenten hat volle zwei Stunden gedauert und die „zur Verfügung gestellten“ Autos mußten die Genossen selbst bezahlen. . . .

Ueber die Vorgeschichte der Festnahme sei nach folgendes mit-geteilt:

Die Festnahme erfolgte durch einen Eisenbahn-Ueberwachungs-beamten aus Frankfurt a. Oder auf Grund einer telephonischen Anzeige von der Station Sommerf. Näheres über die anzeigende Stelle konnte dieser geniale Vaterlandsretter selbst nicht angeben! Die zurückgelassene Aktensache des polnischen Genossen Teller, die die Ursache des ganzen Zwischenfalles war, enthielt . . . eine Nummer des „Correspondenzblattes des K.D.B.“, einen deutschen Aufruf für Oberschlesien, zwei Exemplare des Organs des polnischen Metallarbeiterverbandes und verschiedene Schriftstücke in deutscher und polnischer Sprache, die sich auf den Zweck der Reise der Ueberwachung bezogen!

Daß die Vorzeigung der Pässe und sonstigen Legitimationen zuerst dem Ueberwachungsbeamten, sodann den Beamten auf der Bahnhofswache nicht genügte, ist ein Zeichen von unerhörter Beschränktheit. Der Ueberwachungsbeamte, der übrigens nicht dem Polizeipräsidium, sondern einer Reichsbehörde untersteht, sollte zur Verantwortung gezogen werden. Um seine Zukunft ist uns übrigens nicht bange: Der Bräue scheint alle nötigen geistigen Fähigkeiten zu besitzen, um als deutschnationaler Agi-tator den deutschen Michel wachzumachen. . . .

Traurig ist nur, daß durch dieses bößwillige Vorgehen aus-ländische Genossen, die im Auftrage von 28 Millionen organisierter Arbeiter der ganzen Welt eine anstrengende Mission erfüllten, die letzten Endes Deutschland im höchsten Maße nützlich war, in so überflüssiger und unverantwortlicher Weise befristet werden konnten.

#### Abhängig von Polen sein . . .

Danzig, 10. März. („Zeff. Ztg.“) Im Danziger Volkstage wies der Präsident der Verhandlungen über die Danzig-polnische Konvention, Senator Jozosowski, darauf hin, daß Polen seiner Verpflichtung, die Lebensmittelversorgung Danzigs sicherzu-stellen, nicht nachkommt, weil es dadurch einen Druck ausüben wolle, um von Danzig die Einführung der polnischen Mark als Zahlungsmittel in Danzig zu erreichen. In der Erklärung des Senats heißt es, daß die Lebensmittelverfor-gung Danzigs schwer gefährdet sei und daß man an den An-kauf von Weizen und Kartoffeln aus dem weiteren Aus-lande herangehen müsse.

auch die Deutschnationalen scheinen nach den Ausführungen Dr. Simons' ihre Absicht aufgegeben zu haben, gegen ihn wegen seines letzten Vorschlages des fünfjährigen Provi-soriums Sturm zu laufen. Da nun der Regierung von einer andern Seite zurzeit keine Gefahr droht, ist die Stellung der Reichsregierung ein wenig gesichert. Und das ist - alles in allem - nur erfreulich, denn eine Re-gierungs-krise könnte heutzutage nur eine weitere Verschie-bung nach rechts zur Folge haben. Und dies wünscht wohl niemand im Vager der Arbeiterschaft, es sei denn, daß er mit Bündelheit geschlagen sei.

#### Vanderveelde als Koch-Trabant?

Brüssel, 10. März. (Holländisch Newsbureau.) Die sozia-listische Kammergruppe hat heute morgen über die Bezeichnung Deutsch-lands und die Vorgänge auf der Londoner Konferenz beraten. Mehrere sozialistische Abgeordnete übten an den Sanktionen scharfe Kritik und meinten, man sei zu rasch vorgegangen und dürfte nicht weitergehen. Vanderveelde verteidigte die Sanktionen.

Wir weisen ausdrücklich auf die bürgerliche Quelle dieser Meldung hin, die Ungeheuerliches berichtet, wenn sie wahr wäre.

## Lloyd Georges Rechnung.

Von Barous.

Großbritannien habe jährlich für Schulden, Pensionen und Kriegsbeschädigtenzulagen 500 Millionen Pfund oder nominell 10 Milliarden Goldmark zu zahlen, erklärte Lloyd George in seiner Schlussrede, und da Deutschland, selbst nach etwaigem Verlust Oberschlesiens noch um 10 Millionen mehr Menschen hätte als Großbritannien, so begreife er nicht, warum wir nicht die uns in Paris vorgeschriebenen Zahlungs-forderungen leisten können, die für das nächste Jahr nur 120 Millionen Pfund betragen. Lloyd George überfiel dabei zunächst, daß auch wir unsere Kriegsbeschädigten und unsere Schulden haben. Der Betrag unserer Zahlungen für Pensionen und Schulden ist bereits gegenwärtig 14,7 Milliar-den Mark, also nominell um die Hälfte mehr als in Eng-land. Da der Markkurs stark gefallen ist, so ergibt das eine starke Verringerung des Wertes in Gold. Der innere Wert der Mark ist aber, wie Lloyd George selbst wiederholt hervor-gehoben hat, ein höherer. Man kann also unsere Belastung durch Pensionen und unsere Schuld nicht einfach nach dem ausländischen Kurs der Mark berechnen. Der letztere kann ebenfalls steigen. Die Militären sind ja selbst daran inter-essiert, um von uns hohe Goldzahlungen zu erzielen. Wir müssen als ehrliche Kaufleute damit rechnen, wenn wir uns zu dauernden Zahlungen verpflichten. Sollte sich nun der Mark-kurs auch nur soweit verbessern, daß die Papiermark 40 Pf. in Gold wert wird - immer noch 60 Proz. unter pari - so würden wir allein aus dem Kapital Schulden und Pensionen 6 Milliarden Goldmark jährlich zu zahlen haben.

Wir können unsere Zahlungen an die Kriegsbeschädigten nicht verringern. Im Gegenteil, wenn der Markkurs sich nicht bessert, werden wir sie erhöhen müssen. Denn bei dem gegenwärtigen Kursstand bzw. der herrschenden Teuerung reichen die Renten nicht einmal aus, um die Kriegsbeschädigten mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Man kann uns nicht zumuten, unsere Kriegsoffer, die auch sonst durch Not und Krankheit rasch aufgerieben werden, noch verhungern zu lassen. Ebenjowenig können wir die Quasizahlungen für unsere Kriegsschuld verringern. Das ganze Volk hat sich mit dem Höchstmaß seiner Ersparnisse an der Zeichnung dieser Anleihen beteiligt. Es hat bereits den größten Teil seines Kapitals durch den Kurssturz eingebüßt. Die Zinszahlung weiter beschränken, würde den Bankrott vieler Familien bedeuten und die Sparkassen sowie eine Reihe weiterer Geldinstitute mit in die Krise hineinreißen.

Der Notstand im deutschen Mittelstand und unter den deutschen Arbeitern ist so groß, daß man keine weiteren Ver-essendungs-experimente mehr vornehmen kann. Unser Konsum an Mehl, also dem wichtigsten und ein-fachsten Nahrungsmittel, betrug pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1920 nur noch zwei Fünftel des Verbrauches von 1913 - nämlich 20 Kilogramm statt 52 Kilogramm. Dabei hat der Staat rund 11 Milliarden Mark an Zuschüssen für Verbilligung der Lebensmittel zahlen müssen, ungerechnet der Arbeitslosen- und anderer Unterstützungen. Ohne diese Unter-stützungen wäre die Bevölkerung in aller Form verhungert. Weiter kann man doch nicht gehen.

Man frage sich doch, woher das kommt, daß unser Mark-kurs so tief gesunken ist? Wir bestimmen den Kurs nicht, er wurde auf dem Weltmarkt bestimmt, erst von den Neutralen, jetzt von diesen zusammen mit den Militären. Weshalb drückte man unseren Kurs? Weil man sah, wie unsere Kriegsschulden wuchsen, und die Ueberzeugung gewann, wir werden unsere Zinsen nicht in vollwertiger Valuta begleichen können. Nun haben wir ja unsere Kriegsanleihen im Inlande aufgenommen. Aber von unseren früheren Schulden waren ziemlich Beträge im Auslande platziert und auch von unseren Kriegsanleihen war doch immerhin ein nennenswerter Betrag bei den Neutralen untergebracht. Außerdem haben wir Ueber-schuldschulden, Schulden aus dem privaten Handelsverkehr usw. Die Entwertung unserer Valuta bedeutet also erheb-liche Verluste auch für das Ausland - ganz zu schweigen von der Störung des Handelsverkehrs usw. Weshalb drückt man dennoch den Markkurs? Weil man eben überzeugt ist, daß wir nicht zahlen können. Wir sind bankrott - wir sind es so sehr, daß unsere Gläubiger froh sind, wenn sie 10 Proz. des nominalen Wertes ihrer Forderung bekommen, und sich beeilen, einzukassieren. Wie kann man unter diesen Um-ständen annehmen, daß wir noch weitere enorme Summen zahlen können, und wer wird uns oder den Militären noch Geld gegen solche Verpflichtungen unsererseits vorstrecken?

Die 500 Millionen Pfund, die Großbritannien jährlich zu zahlen hat, sind eine gewaltige Summe. Wir wissen nicht, wie es damit fertig wird und ob nicht auch da die Sache damit endet, daß eine starke Geldentwertung eintritt. Lloyd George weiß es besser. Aber Großbritannien war ja immer viel reicher als Deutschland. Auch an Volkszahl. Denn, wenn man das ganze Imperium in Betracht zieht, sind es nahezu 400 Millionen Menschen. Gewiß tragen diese 400 Millionen nicht alle gleich zu den Steuerlasten des Mutter-

## Simons' Tätigkeit gebilligt.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand am gestrigen Donnerstag vormittag eine Sitzung des Kabinetts statt, in der der Minister des Auswärtigen über die Londoner Ver-handlungen Bericht erstattete. Auf Grund dieses Berichts und der eingehenden Aufklärungen, die sich in aus-schließlicher Aussprache ergaben, sah das Kabinett einen Be-schluß, der die Tätigkeit des Ministers einmütig billigt und sich mit seiner Haltung in London einverstanden erklärt.

Der Reichspräsident schloß daran den Ausdruck des Dankes für die hingebende Arbeit des Reichsministers und der Delegation.

Der Reichstagsausschuß für die auswärtigen Angelegen-heiten trat nachmittags um 4 Uhr zusammen. Dr. Simons erstattete Bericht über die Londoner Konferenz. Die Verhand-lungen waren vertraulich.

Ueber die politische Lage, wie sie in den Abend-stunden im Reichstag nach der Debatte im Auswärtigen Aus-schuß beurteilt wurde, erfahren wir, daß die Regierungs-krise nunmehr als gebannt betrachtet werden kann;

landes bei, aber sie tragen alle bei zur Förderung seiner Industrie, zur Erhöhung der Erwerbstätigkeit. Großbritannien hatte im Frieden — ungerechnet die Kolonien — eine Kohlenproduktion, die um die Hälfte größer war als die übrige, seine Handelsflotte war an Tonnenzahl ungefähr viermal so groß, das Kapital seiner Aktiengesellschaften fast dreimal so groß, und es ließ fünfmal so viel Baumwollspindeln laufen als wir. Inzwischen haben wir unsere Handelsflotte verloren, unsere Kolonien usw. usw.

Lloyd George verwies uns ferner darauf, daß Frankreich 12 Milliarden Franks im Jahre für seine verwüsteten Gebiete zu zahlen habe. Aber Frankreich ist ja auch bereits bankrott, es erklärt das offen, seine Baktuta ist ja auch bereits um die Hälfte gesunken, und seine ganze Hoffnung ist, daß wir zahlen werden. Sind wir aber deshalb besser daran, daß unsere Gläubiger bankrott sind? Im Gegenteil, weil sie bankrott sind, müssen sie selbst hohe Zinsen zahlen, verlangen dergleichen von uns, und drängen auf Zahlung. Soll der eine Bankrotteur dem anderen aufhelfen, indem er Wechsel ausstellt, die er nicht wird einlösen können?

Wir sagen ehrlich, wie die Dinge sind. Das ist die einzige Rettung für uns wie für die ganze Welt. Wir bestreiten ja nicht die Schwierigkeiten, in denen sich die Alliierten befinden, die großen Lasten, die sie zu tragen haben. Es fehlt auch nicht an dem guten Willen, wir wollen alles tun, was wir nur können, aber Geld haben wir nicht. Es ist eine allgemeine Geldentwertung in der Welt, die Kreditquellen sind verstopft, und wir, die Besiegten, sind am schlimmsten daran, können am wenigsten uns und den anderen helfen.

Die Frage des Wiederaufbaues ist eine Weltfrage, sie ist eine Weltfrage, sie ist eine Frage der Wiederherstellung der Industrie, sie ist ebenso eine französische wie eine deutsche Frage, denn ohne Kapital für unsere Fabriken und ohne Wohnungen für unsere Arbeiter können wir nicht produzieren, folglich auch nicht zahlen. Nur durch Verbindung und Entfaltung der industriellen Kräfte, anders ist das Problem nicht zu lösen.

## Die preussische Regierungskrise.

### Verzicht der Deutschen Volkspartei?

Die preussische Regierung ist verfassungsgemäß zurückgetreten. Die offizielle Erklärung finden unsere Leser im Parlamentsbericht. Inzwischen führt die alte Regierung die Geschäfte weiter, bis eine neue Regierung zustande gekommen ist.

Wie diese aussehen wird, liegt immer noch im Dunkeln. Der springende Punkt war bisher bekanntlich folgender: Zentrum und Demokraten, namentlich aber das Zentrum, wollen die alte Koalition nur fortsetzen, wenn die Deutsche Volkspartei mit hereingenommen wird, die Sozialdemokratie lehnt diese Verbreiterung mit Entschiedenheit ab. Neuerdings aber scheint es, als ob dieser Konflikt sich in ungeahnter Weise lösen könne. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ Hugo Stinnes, schreibt nämlich in ihrer Donnerstag-Abendausgabe, nachdem sie den Kernpunkt des Konflikts ebenso wie wir bezeichnet hat, folgendes:

Andererseits ist es auch bisher noch fraglich, ob die Deutsche Volkspartei bereit sein wird, dem Wunsche des Zentrums in der Form, in der er vorliegt, nachzukommen. Die Deutsche Volkspartei hat sich bekanntlich in erster Linie für eine Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie eingesetzt. Sie hegt aber weiter auch Bedenken, eine Koalition, an der die Sozialdemokratie beteiligt ist, einzugehen, ohne daß in diese Koalition auch die Deutschnationalen aufgenommen werden. Eine grundsätzliche Erklärung der Deutschen Volkspartei gegenüber der bisherigen Koalition liegt nach dieser Richtung hin allerdings bisher nicht vor.

Die Deutsche Volkspartei will danach also nur in die Koalition gehen, wenn außer ihr auch noch die Deutschnationalen mit hereingenommen werden. Das steht zunächst aus, als ob der Appetit mit dem Essen käme. In Wirk-

lichkeit aber kommt diese Stellungnahme einem Verzicht näher, da bisher sowohl Zentrum wie Demokraten eine Einbeziehung auch der Deutschnationalen in die Koalition entschieden abgelehnt haben.

Jedenfalls ist, wenn die Ansicht der „D. A. Z.“ von ihrer Partei geteilt wird, folgendes klar: Der von Zentrum und Demokraten erstrebte Block von Deutscher Volkspartei bis zur Sozialdemokratie scheidet aus jeder Betrachtung aus, weil er so wohl von den Sozialdemokraten als auch von der Deutschen Volkspartei abgelehnt wird. Erst recht scheidet aus der Block von den Deutschnationalen bis zur Sozialdemokratie.

Es bleiben nur zwei reale Möglichkeiten: die alte Koalition und der Rechtsblock vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen mit oder ohne Demokraten. Nur zwischen diesen beiden Möglichkeiten haben die bürgerlichen Mittelparteien zu wählen, ein Drittes gibt es nicht.

Die Deutschnationalen Landtagsfraktion gibt durch M. bekannt, daß sie bei der gestrigen Präsidentschaftswahl für den Präsidenten Leinert nur gestimmt habe, weil es sich bei dieser Wahl nach § 6 der Geschäftsordnung um ein Provisorium von vier Wochen handelte. Bei der endgültigen Wahl des Präsidenten werde „der natürliche Zusammenhang zwischen der Besetzung des Präsidentenpostens und der Regierungsbildung zu berücksichtigen sein“.

## Falsch gesetzt!

Die erste Sitzung des Preussischen Landtags hat bereits gezeigt, welche Rolle die „Bereligniten“ Kommunisten zu spielen gedenken. Sie, die den Mund voll Schimpfreden über den „parlamentarischen Kreinismus“ haben, bemühen sich nach Leibesträften, der Arbeit des Parlaments in jeder Weise bürokratische Hindernisse in den Weg zu legen. So erzwingen sie durch ihren Einspruch, daß die Wahl des Präsidenten Gen. Leinert durch Stimzettel erfolgen mußte, ein umständliches Manöver, das die Sitzung um zirka eine Stunde aufhielt. Aber offenbar war dies ein Gebot der Weltrevolution, die tatsächlich so um eine Stunde nähergebracht wurde. Als dann jedoch drei Vizepräsidenten aus den Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums gewählt werden sollten, hatten die Kommunisten gegen eine Wahl durch Zurschickseln nichts einzuwenden. Nur der Wahl des Sozialdemokraten mußten Schwierigkeiten gemacht werden!

Am Schluß der Sitzung stellte dann der Abgeordnete Südicke (Dnat.) den Antrag, die Wahl des Ministerpräsidenten bereits am Freitag vorzunehmen, ein reiner Bescheideantrag, da im ganzen Hause bekannt war, daß eine Einigung der maßgebenden Parteien über die Regierungsbildung noch nicht zustande gekommen ist. Es war ein erhebender Anblick, als sich für diesen Antrag die gesamte Rechte erhob und — ganz auf der äußersten Linken, die Gruppe der Kommunisten — von der Sozialdemokratie wurde den Kommunisten zugerufen: „Ihr habt Euch falsch gesetzt, Ihr gehört auf die rechte Seite herüber.“ Darauf nahmen ein paar Kommunisten mit beschämten Miene wieder Platz. Das Gros aber blieb unter Führung Adolf Hoffmanns mannhaft stehen. — Die „Kreuz-Zeitung“ hat schon recht gehabt, als sie die Kommunisten der Rechten als indirekte Unterstützung zurechnete!

## Geheime deutschvölkische Orden.

### Enthüllungen der „Deutschen Zeitung“.

Die „Deutsche Zeitung“, das Organ der Deutschvölkischen, bringt an der Spitze ihrer Donnerstag-Abendausgabe einen Artikel „Hoffnungen — Enttäuschungen“ des „Königlichen Landrats“ von Herzberg. Zunächst erscheint dieser Artikel wie eine der üblichen Schimpfkanonaden gegen den seltsamen Beihmann, die schwarz-rot-goldene Judenregierung usw. usw. Die Deutschvölkischen hätten — so schreibt der

Verfasser — von den Juniwahlen 1920 eine starke Regierung erwartet und hätten „mit langen Gesichtern“ dagestanden, als dann ein „schlappes Kompromißgebilde“ zustandekam. Die gleiche Enttäuschung würde man jetzt von den Preussischen Wahlen erleben. Soweit bringt der Artikel nichts Besonderes. Aber dann schließt er mit folgender überraschender Wendung:

Man hofft und hofft, und vergißt das Sprichwort: Hoffen und harren macht manchen zum Narren. Und das Bürgerium wird auch hier wieder dastehen, wie ein betrübter Vogherber, wenn die Enttäuschungen kommen.

So wird es auch den völkischen Kreisen ergehen, die da meinen, geheime Orden hätten ein Recht, sich die große Bewegung des deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes dienstbar zu machen, die in ihn durch Zusammenschluß der Ortsgruppen und Gauen in Mitteldeutschland zu einem Mitteldeutschen Block Sprengmaterial legen und dadurch ihrem Orden die Macht in die Hand spielen wollen. Sie mögen sich gelagt sein lassen, insbesondere die Quertreiber, die da meinen, aus tatsächlichen Gründen müsse eine Revolution von unten sie an die Spitze dieser Sprenggruppe rufen, daß die geheim gesponnenen Fäden bloßgelegt sind; sie mögen sich gewiß halten, daß die offene Darlegung dieser Machenschaften nicht nur sie in der völkischen Bewegung an den Pranger stellen muß, sondern der gesamten völkischen Bewegung einen großen Schlag geben wird. Auch ihre Hoffnung, auf diese Art die Führung der völkischen Dinge in die Hand geheimer Orden bzw. einzelner Quertreiber zu spielen, wird mit einer großen Enttäuschung enden!

In diesen Ausführungen ist dem Uneingeweihten manches dunkel. Aber soviel geht doch klar daraus hervor, daß es in der deutschvölkischen Bewegung einen geheimen Orden gibt, der eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der illegalen kommunistischen Organisation und mit den kommunistischen Sprengzellen hat. Nachdem das führende deutschvölkische Organ soviel von der Sache verraten hat, dürfte es Aufgabe der zuständigen Sicherheitsorgane sein, völlige Klarheit über das Wesen der geheimen deutschvölkischen Orden zu schaffen. Daß hier viel zu verheimlichen ist, geht am besten aus der Bemerkung des Herrn von Herzberg hervor, daß die Aufdeckung der geheimen Ordensmachenschaften der gesamten deutschvölkischen Bewegung einen großen Schlag verfehlen würde.

## Der ausgesperrte van Kerkhoff.

Bis in die jüngsten Tage hatte der deutschnationale Abgeordnete van Kerkhoff, der unter dem scharfen Verdachte großer Steuerhinterziehung und der Beiseiteschaffung von Steuerkräften steht, die Dreistigkeit, an den Sitzungen des Reichstages teilzunehmen und sich herausfordernd vor der Rednertribüne aufzupflanzen. Als er am Donnerstag auf den Bänken seiner Fraktion Platz nehmen wollte, widersprachen einige deutschnationale Abgeordnete, die das politische Keintlichkeitsbedürfnis noch nicht ganz verloren haben, so energisch, daß sich van Kerkhoff in die Wandelhalle zurückzog. Hoffentlich findet er von dort bald und endgültig den Weg ins Freie.

## Die Heimkehr der Sibirier.

Am 2. März hat der Dampfer Gujarat mit 523 reichsdeutschen Kriegsgefangenen nach Wladivostok verladen. Er wird in Triest anfangs April eintreffen. Von Triest aus werden die Heimkehrer nach Venedig in Bayern übergeführt und nach zwei- bis dreitägigem Aufenthalt in die Heimat entlassen.

Mit der Rückkehr dieser Gefangenen ist ganz Sibirien bis auf einzelne Versprengte von deutschen Kriegsgefangenen geräumt und die Aufgabe des deutschen Bevollmächtigten in Wladivostok, Herrn Gustav Gerber, damit restlos erfüllt. Die Deutsche Kommission lehrt im Laufe des März gleichfalls nach Deutschland zurück. Ihr gebührt der uneingeschränkte Dank für die unter den schwierigsten Verhältnissen durchgeführte Heimförderung der deutschen Kriegsgefangenen aus Ost- und Mittelsibirien.

## Die Brandschatzung.

Eine Legende aus dem Dreißigjährigen Kriege.

Baner, der schwedische Reitergeneral, dessen Scharen jahrelang verwüstend und plündernd durch Deutschland zogen, besand sich einmal in schwerer Verlegenheit. Seit längerer Zeit hatte er den Sold nicht zahlen können, und seine Truppen wurden schwierig.

Zum Glück erinnerte sich Baner einer nicht unbedeutenden deutschen Handelsstadt, die er vor kurzem nach hartnäckiger Belagerung genommen hatte. Er ließ die Ratsherren und Patriarchen zu sich kommen und herrschte sie an: „Ihr Hunde, schafft mir auf der Stelle 100 000 Goldgulden oder ich lege euer Rest in Asche.“

Die Ratsherren wandten in aller Ehrerbietung ein, daß ihre Stadt diese Summe unmöglich zahlen könnte, da sie schon dreimal in den letzten Jahren bald von den Kaiserlichen, bald von den Schweden heimgejagt und gebrandschatzt worden waren. 20 000 Gulden wäre das höchste, was die Stadt ausbringen würde.

„Ihr verstockten Hunde!“ schrie Baner. „Ich werde euch lehren, wie man mit dem Sieger spricht!“ In ihrer Todesangst gaben die Ratsherren eine genaue Uebersicht über den Stand der Vermögen in der Stadt, sie zählten alles an Liegenschaften und Fahrnis auf, was die Einwohner besaßen. Es ergab nur einen Wert von knapp 50 000 Gulden. Der schwedische General aber antwortete, daß seit Gustav Adolfs Zug die Schweden das Hundertfache an Geld und Gut geöpfer hätten und das müßten sie heller auf Pfennig zurück haben. Darauf ließ er die Ratsherren herauswerfen.

Vor die Stadt aber legte Baner ein paar Kommandos, die sperrten alle Straßen und fingen jedes Fuhrwerk ab, das zur Stadt hinaus oder hinein ging. Der ganze Handel des Städtchens geriet ins Stocken. Der Rat schickte eine erneute Deputation zu Baner, um vorstellig zu werden. Wenn die Plünderer nicht aufhöre, so könne die Stadt nicht 20 000, nicht einmal 10 000 Gulden zahlen. Baner aber schrie und stuchte: „Bringt ihr mir die 100 000 nicht bis zum letzten Heller am Sonntag, so werde ich noch ganz andere Saiten anschlagen.“

Der Sonntag kam, aber nicht die Hunderttausend. Eine Gefandtschaft, die schweren Herzens 15 000 überbringen wollte, ließ Baner nicht einmal vor. Dafür legte er zwei Fähnlein seiner wildesten Krieger als Besatzung in die Stadt.

Die Soldaten machten sich in den Bürgerhäusern breit, sossen zunächst allen Wein aus, den sie fanden, dann stahlen sie, was nicht nie- und nagelfest war. Die Stadt verödete immer mehr. Schimpfliche Gewalttaten waren an der Tagesordnung. Ein großer Teil der Einwohner wanderte mit Sad und Pack aus.

Aber die Hunderttausend kamen nicht. Da ließ Baner tausend der kräftigsten Bürgerjöhne bei Nacht in ihren Wohnungen ausheben und presste sie in seine Scharen. Bergwärts suchten die Städter ihm Kar zu machen, daß die Stadt nur armer und ärmer werde, wenn er sie ihrer tüchtigsten Hände beraubte. Baner erklärte, jetzt

am Ende seiner Geduld zu sein. Wenn das Geld nicht in drei Tagen käme, so werde er die Stadt an allen vier Ecken anzuzünden.

Das Geld kam nicht und am dritten Tage machte Baner seine Drohung wahr. Ein surstliches Brennen und Rorden hub an, es währte ununterbrochen Tag und Nacht hindurch. Als schließlich nur noch die verkohlten Trümmer rauchten, befahl Baner, die ganze Einwohnerschaft gefesselt in sein Lager zu führen.

Seine Reifigen gehörten. Aber sie trieben nichts zusammen als ein paar zerlumpte Gestalten. Alles andere war erschlagen, verbrannt oder entflohen. Baner ließ die Gefangenen direkt unter den Galgen führen und herrschte sie an: „Run heraus, ihr Lumpenpack, mit den Hunderttausend oder euer letztes Stündlein hat geschlagen.“

Die Gefangenen grinsten blöde. Die Schreden der letzten Nacht hatten ihnen den Verstand geraubt. Nur einer, der noch halbwegs bei Sinnen schien, sagte mit feier Stimme: „Herr, löse uns, aber spotte unserer nicht. All unsere Habe sind die Lumpen, die wir auf dem Leibe tragen.“

Da war es Baner, als ob er aus einem Traume erwache. „Aber ihr habt mir doch selber 20 000 versprochen,“ sagte er mit unsicherer Stimme.

„Die hatten wir einmal,“ lautete die Antwort des Gefangenen, „und wollten sie dir geben. Aber du hast sie in deiner Verblendung zurückgewiesen und uns alles genommen. Jetzt gilt das alte Sprichwort: Wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren.“

Da meinte Baner kopfschüttelnd zu einem seiner Kapitane: „Wieviele wäre es besser gewesen, die 20 000 zu nehmen.“

Das geschah im Dreißigjährigen Kriege. Der so handelte, war ein unbilligster Schwedischer Bandenführer, nicht etwa ein französischer Marschall. Denn im Jahre 1921 ist die Welt bedeutend klüger geworden... oder sollte es ein Vertum sein?

Die Preise für die volkstümlichen Konzerte der Staatsoper, die Sonntag im Großen Schauspielhaus beginnen, werden in geschritten aus unserem Leserkreis bemängelt. Die Preise sind für den 3. Rang auf 4 M., für den 2. Rang auf 9 M. bis zu 20 M. festgesetzt. „Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie im „Vorwärts“ die Frage auslösen würden, warum bei diesen Preisen das Konzert als „volkstümlich“ bezeichnet wird,“ schreibt ein Einsender. „Die große Rasse „Volk“, für die das Konzert doch wohl gedacht ist, kann diese Ausgabe für ein Vormittagskonzert nicht leisten.“ Hingewiesen wird weiter darauf, daß die Preise für die Sonntagnachmittagvorstellungen bei weitem geringer sind (3,50, 5, 7,50, 10, 12 M.).

Wieviele äußert sich die Intendanz dazu. Die höheren Preise wären natürlich erträglich, wenn dadurch überhaupt erst das Konzert möglich wird und genügend billige Plätze zur Verfügung stehen. Solange freilich die Plätze freihändig verkauft werden, ist keine Garantie dafür vorhanden, daß sie auch in die Hände derer kommen, für die sie bestimmt sind. Die Organisation der Konzerte ist eben auf allen Gebieten die Voraussetzung jeder „volkstümlichen“ Kunstpflege.

Der „verrissene“ Hebbel. Große Dichter sind bei ihren Schreibern häufig verkannt worden; aber selten wohl hat ein Urteil so sehr geirrt wie eine Kritik über Hebbel, auf die in dem bei Horst Stobbe in München erscheinenden „Grundgesetzen Antiquarius“ die Aufmerksamkeit gelenkt wird. Der Verfasser war der „Blattler“ Johannes Winkler. Er nennt in seinem „Reichsdeutschen Paragraf“ Hebbel einen „Vrifer und Dramatiker ohne klassische Bedeutung“, und fährt dann fort: „Sagen wir es kurz, daß Hebbel der rechte Sinn für das Schöne niemals aufgegeben ist. Wie es diesem Autor an gesundem Geschnack, an Natürlichkeit, Einfachheit und Klarheit der Darstellung im Lyrischen gebricht, indem seine „Gebichte“ meist zwecklos, ohne tieferen Gehalt, ungenau, schwülstig und selbst unverständlich erscheinen, so treten auf dramatischem Gebiete diese Fehler noch größer heraus. Der Mangel an frühzeitiger klassischer Bildung äußerte sich hier wieder einmal in vollem Umfange seiner Nachteile. Die Dramen Hebbels verstoßen im ganzen wie im einzelnen nicht allein schnurstracks wider die Anforderungen echter Kunst, sondern die Charaktere derselben sind so durchaus ungenügend, verfeuert, toll und abgeschmackt, daß denselben jeder eigentliche Wert abgesprochen werden muß, und daß man in ihnen, einzelne Personen in der „Maria Magdalena“ vielleicht ausgenommen, nirgends die Spur von wahrem poetischen Talent dargelegt findet. Denn in seinem hohen nach Originalität spricht sich kein Genie aus; er ist original, aber nicht im guten Sinne. Auf dramatische Wirkung hat es Hebbel lediglich abgesehen, alles übrige ordnet er diesem Zweck unter. Und Winkler schließt diese „Würdigung“ mit den Worten: „Nach Hebbels Tode stritten die Wiener Kritiker, ob er ein Dichter der Vergangenheit oder der Zukunft sei; teils von beiden, sage ich, sondern ein Halbtafel unserer Tage mit den Eigenschaften eines Autodidakten mit Selbstgenügsamkeit und Eigensinn, mit Hochmut gegen Muster und Regel, mit Schwäche rechts und Schwäche links.“

Ein Urwaldmaler. Der tschechoslowakische Maler Jaroslav Hnevotovsky, der gegenwärtig mit einer Ausstellung seiner Bilder in London Aufsehen erregt, wird als der erste und einzige Urwaldmaler gepriesen. Er hat fünf Jahre lang mit den Eingeborenen im inneren Njungle von Tonlon gelebt und, wie der Katalog behauptet, „während seiner Wanderungen sich ganz so wie ein Naturmensch benommen“. Er kam als Heizer auf einem Schiff nach Tonlon, blieb hier juristisch und drang immer tiefer in den Urwald ein, in dem er sich durch Jagd seinen Lebensunterhalt verschaffte. Seine Bilder sollen eine höchst anschauliche Darstellung des Urwaldes darbieten.

Spielpländerung. Am Theater L. d. Königlicher Straße gelangt Freitag und Sonnabend infolge Erkrankung von Hedma Selim „Salome“ zur Aufführung.

Das 2. Volksräumliche Vormittagskonzert der Staatsoper zu ermäßigten Preisen findet am 24. März (2. Donnerstag), 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus unter Leitung von Leo Slezak statt. Programm: Beethovens „Eroica“, Strauß' „Tod und Verkündung“, „Molbau“ und die Überläre zur „Bekanntheit Brand“ von Smetana. Vorverkauf ab Dienstag, den 15. im Opernhaus, Großen Schauspielhaus, Invalidenten.

Die Entlassung der Berliner Weibsaufkäufer bringt eine von A. A. Hübner dem Berliner Ministerium vorgelegte Sammlung zur Veröffentlichung, die jetzt zum erstenmal bei der Bereinigung der Sammlung des Kabinetts im Kaiser-Friedrich-Museum offiziell gedruckt wird.

Die Berliner Haushaltsberatung.

Arbeitslose vor dem Rathaus — Die Diebstähle im Osthafen.

Die Stadtverordnetenversammlung setzte gestern die Haushaltsberatung fort. Zu Worte kamen noch die Redner der drei kleinsten Fraktionen. Zu diesen gehört jetzt die demokratische Fraktion, die Erbin des Berliner Kammerparlamentarismus, die einst unter dem Dreiklassenwahlrecht so mächtig dastand.

Sitzungsbericht.

Vorsteher Dr. Wolf gibt Kenntnis von einem Schreiben des Reichsfinanzministers, das die am 3. März in der Versammlung aufgestellte Behauptung richtig stellt, daß die Reichsdruckerei seit dem 1. Oktober 1920 rund 1.562.000, die Ausgaben 1.054.000 M. betragen, daher der Ueberschuß von 518.000 M.

Zwei Dringlichkeitsanträge der Kommunisten, die die Zuwendung außerordentlicher Beihilfen an die Erwerbslosen betreffen, außerdem zu dem gleichen Zweck die Anerkennung des Obdachlos als Wohnung verlangen, stoßen bei der Mehrheit auf Widerpruch, ebenso der Antrag des Kommunisten Gabel auf sofortige Beratung ihres vorgestern eingebrachten Dringlichkeitsantrages auf unverzüglichen Zusammenritt der Bezirksämter ohne Rücksicht auf den Stand der Beschäftigungsfrage.

Die Beratung des Stadthaushaltsplans für 1920

wird fortgesetzt. Stadtv. Werten (Dem.) lehnt es ab, sich auf die Forderungen kommunistischer Programmvorrede des Stadtv. Pfeiffer einzulassen, und beschränkt sich auf einen Protest gegen den Anspruch, daß es für die Kommunisten jenseits der Landesgrenzen keine Feinde mehr gebe, sondern daß sie als Feinde nur noch das Kapital und seine Vertreter innerhalb der Landesgrenzen ansähen.

Stine Menschenkind.

II. Mütterchen.

Von Maria Andersen Regö.

„Dann reisen wir nach Amerika,“ sagte Stine und legte ihn wieder sorgfältig zurück. „Jetzt mußt du schlafen, damit du gesund zur Reise bist!“ Der Knabe sah sie mit großen, gläubigen Augen an und legte sich zurecht.

und die Sicherheit seiner Gläubiger für absolut uner-schütterlich an, und fordert dringend endliche Rechnungslegung des Lebensmittelverbandes. Die Last, die Berlin für die Erwerbslosen zu tragen habe, werde nachgerade unerträglich; mit Hilfe des Reiches müßten die Arbeitslosen dachin verpflegt werden, wo sie Arbeit finden: bei Eisenbahn- und Kanalbauten, in der Landwirtschaft usw.

Stadtv. Adolf Hoffmann (Kom.) beantragt, jetzt (6 Uhr 10 Minuten) die Sitzung zu unterbrechen und einer Deputation Zutritt zu gewähren, die von tausenden

vor dem Rathause angekommenen Arbeits- und Obdachlosen

entfendet ist; Herr Werten solle der Deputation seine Rede noch einmal halten. (Große Unruhe.) — Der Stellv. Vorsteher Fabian lehnt es ab, den Antrag Hoffmann zur Abstimmung zu bringen; es finde sich weder in der Städteordnung, noch in der Geschäftsordnung ein Anhalt dafür, außerdem habe die Versammlung i. B. einen analogen Antrag abgelehnt. — Ad. Hoffmann: Die Versammlung ist souverän und kann das jederzeit beschließen. — Dove (Dem.): Machen wir von unserer Souveränität Gebrauch und fahren wir in der Tagesordnung fort! — Stellv. Vorst. Fabian bleibt bei seiner Erklärung. — Gabel (Kom.): Der Versammlungsbeschluss gilt doch nicht für ewig. Mindestens muß Abstimmung erfolgen. — Dr. Caspari (D. Sp.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Hoffmann. (Zwischen der Rechten und dem kommunistischen Awarock) entspinnt sich ein mit äußerster Heftigkeit geführter Wortwechsel.) Schließlich erklärt der Stellv. Vorsteher: Wir fördern die Interessen der Arbeitslosen dadurch, daß wir sachlich arbeiten. — Der Antrag Caspari wird angenommen. Die Versammlung setzt die Erörterung fort.

Buch (Wirtsch. Sp.) tritt für die Beibehaltung der wirtschaftlichen Einheit Groß-Berlin ein und unterstreicht das Bestehen des Oberbürgermeisters, den Personalrat aufs unbedingt Notwendige zu beschränken. Den größten Teil der Rede nimmt ein Bladener für die Hausbesitzer ein, deren Lage unglücklich traurig sei. Im Namen der Berechtigten protestiert er dagegen, daß man vom Hausbesitzer umständliches verlangt. Die Zwangswirtschaft für den Hausbesitz müsse unter gewissen Kautelen aufgehoben werden. Die Gewerbe-steuerklasse I sei ganz anders als bisher heranzuziehen.

Dr. Schmidt (Zentr.): Wir grüßen von der Spree zum Rhein und zur Ruhr unsere bedrängten Brüder in der Hoffnung, daß ihr Leid bald ein Ende haben wird. — Die rabulose, beschleunigte Sozialisierung macht das Zentrum nicht mit, ebenso verweist es den von Herrn Leid, der doch jetzt auch Bürgermeister sei, wieder propa-gierten Klassenkampf. In der Sache hat nach der Meinung des Redners Dr. Leidig ganz recht gehabt, wenn er den Vorgang vom 6. Januar in diesem Saale eine schimpfliche Kapitulation der Versammlung vor der Straße nannte; auch die Kritik Leidigs an Paulsen habe sachlich das Richtige getroffen. Dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts sieht auch das Zentrum mit Ruhe entgegen, denn Recht muß Recht bleiben. Die Drohung des Herrn Koch in seiner neuen Würde als Landtagsabgeordneter mit der Revision des Gesetzes Groß-Berlin ist dem Zentrum

rechtlich unangebracht und als Theaterdonner

erschienen. Der sozialistische Magistrat hat uns mit dem Etat eine wenig schmackhafte Suppe eingebracht, die wir nun ausöffeln sollen; die Suppe ist deswegen so häßlich, weil Vermuth dreingemischt ist und Dörre gemischt. (Vereinzelte Heiterkeit.) In den Ausgaben stehen direkt ungeheuerliche Posten. Soll Berlin wieder hochkommen, so darf es nicht weiter gehen mit dem Klassenkampf, noch mit der Justiztruppenpolitik.

Der Haushaltsplan geht an den auf 25 Mitglieder zu erweiternden Staatsauschuß.

und führte heimlich seinen eigenen Haushalt. Von dem, was sie erlebte, bildete sie sich eigene Vorstellungen und Ansichten, von denen sie nicht sprach, sondern die sie für sich behielt.

Am schwersten wurde es ihr, sich damit vertraut zu machen, daß Großchen tot war, und daß sie nie, nie mehr zu ihr hinüberlaufen sollte. Das Zusammenleben mit Großchen war ihre eigentliche Kindheit gewesen und stand dauernd stark und lebendig vor ihr — unvergesslich, wie Erwachsenen Kinder-glück vor Augen steht. Am Tage war kein Zweifel möglich, Großchen war tot und in die Erde gelegt, sie kam nie wieder.

In der Schule spielte sie nicht, sondern ging stets für sich. Die andern machten sich nichts aus ihr, und sie war auch keine gute Spielgefährtin. Sie war wie eine steinige harte Frucht, die mehr rauhes Wetter als Sonne mitbekommen hat. Gesang und Spielrefrain wurden bitter in ihrem Munde, und ihre Hände waren schweißig.

Der Lehrer sah es. Eines Tages, als Lars Peter vor-überkam, rief er ihn herbei und fing an, von Stine zu reden. „Sie muß in eine andere Umgebung kommen,“ sagte er — „irgend wohin, wo sie neue Kameraden finden kann. Vielleicht hat sie zu Hause zu viel zu versorgen für ein Kind in ihrem Alter. Sie sollten sie wegschicken.“

Für Lars Peter war das wie ein Schlag ins Genick. Er hatte großen Respekt vor den Worten des Lehrers — das war ja ein Mann, der in diesen Dingen sein Examen bestanden hatte; aber was sollte er ohne sein braves Hausmütterchen

Die Vorlagen wegen Verkaufs eines Grundstücks in Berlin-Schöneberg, Ecke Innsbrucker und Fähr-vom-Stein-Straße und betr. den Verkauf einer Parzelle in der Gemarkung Ruche- und Saar-wiesen werden angenommen.

Die Vorlage betr. Einrichtung einer Stadtrechnungs-kammer wird nach den Ausschlußvorschlägen ohne Debatte genehmigt.

Darauf begründet Koch die Anfrage der Deutschnationalen wegen der

Diebstähle im städtischen Osthafen.

Stadtrat Schünning gibt die Antwort namens des Magistrats. Es sind zahlreiche Diebstähle vorgekommen; es haben wiederholt Wohnungen, auch zwei- und dreimächtige, staufgefunden. Die uns von dem Direktor vorgelegte Liste der Entlohnungen war unrichtig; einige der als entlassenen Aufgeführten sind weiter beschäftigt worden. Am 5. März 1920 hatte der Magistrat die Entlassung jedes beim Diebstahl Betroffenen verfügt; diese Verfügung erklärte der Direktor nicht zu kennen. (Hört, hört!) Die Kontrolle ist auch nicht lückenlos durchgeführt worden; auch ein beim Diebstahl erlappter Bodenmeister war noch im Amte, als die Untersuchung begann. Auf Wunsch des Betriebsrats ist die Kontrolle beim Verlassen des Hafens eingestellt worden, weil sie unliebames Aufsehen erregte. (Hört, hört!) Um in das Dunkel hineinzusehen, habe er (Redner) beim Magistrat die Entlassung des Direktors beantragt, desgleichen die Beurlaubung des Betriebsrats. Im letzteren Falle habe der Staatsanwalt die Untersuchung geführt, und schließlich habe der Betriebsrat seine Funktionen wieder aufnehmen dürfen, da Strafbares nicht festgestellt wurde. Zahlreiche Firmen hätten über Mantos an Zucker- und Mehlböden, an Wein u. d. Klage geführt; bestimmte Straftaten wären den Arbeitern des Osthafens nur in vereinzelten Fällen nachzuweisen gewesen, obwohl die jüngsten Bestandsaufnahmen diese Mantos zum Teil bestätigt hätten. Einige Mantos seien durch den Direktor auf dem Wege einer anderen Ver-buchung der Weggebühren „ausgeschlossen“ worden. Wenn die Waren richtig angeliefert seien, müßte das Fehlende geklärt worden sein; ein Mantos an Kontrolle erscheine bei der Unmasse von Personal als tatsächlich ausgeschlossen.

Das schändliche System.

das sich dort eingenistet habe, müsse mit allen Mitteln bekämpft, das verdorene Vertrauen wiedergewonnen werden. (Lebhafte Beifall.)

Schmidt (Komm.) führt eine Reihe von Umständen an, die die gegen den Betriebsrat erhobenen Vorwürfe zu entkräften geeignet seien. Direktor Fischer sei Marine-offizier gewesen und habe von dem Betriebe keine schändliche Kenntnis besessen. Bei der Untersuchung sei der Betriebsrat systematisch ausgeschlossen worden. Die Arbeiterschaft des Osthafens könne das Vorgehen des Stadtrats Schünning nicht aufheben. Die Fraktion verlange nach wie vor die Einsetzung eines unparteiischen Untersuchungsausschusses.

Stadtrat Schünning: Der Betriebsrat hat stundenlang Gelegenheiten gehabt, sich zu äußern; das hat er nicht getan.

Jahn (H. Sp.): Die ganze Art des Betriebes, wie sie sich im Kriege gestaltet, hat es mit sich gebracht, daß auch die Arbeiterschaft in den Sumpf mit hineingezogen wurde. Die von den Firmen mitgeteilten Vorkellungen sind erst nachträglich auf Anfrage angegeben worden; sie liegen ein, auch zwei Jahre zurück. Warum ist man nicht schon damals damit herausgekommen? Dem Betriebsrat muß zu seiner Ehre nachgesehen werden, daß er sich um die Auf-klärung der Diebstähle bemüht hat. Die Maßnahmen der Ver-waltung aber waren unzulänglich.

das Verhalten des Hafendirektors

hat dieses zur schärfsten Kritik herausgefordert. Die Epochen-organisation der Betriebsräte hat zu der ganzen Angelegenheit aus-schließlich Stellung genommen; es wird dort der mangelhaften Auf-sicht die Hauptschuld zugeschoben. Die Korruptionserhebungen sind in der Zeit des Krieges und nach dem Kriege überall zulage getrieben; sie sind eine Folge der Kriegszeit. Für einen nachmaligen Untersuchungsausschuß liegt kein Anlaß vor.

Koch erklärt sich durch die Antwort des Stadtrats befriedigt. Der Antrag Gabel wird abgelehnt. Schluß der öffentlichen Sitzung nach 10 Uhr.

Die Arbeitslosendemonstration.

Nachdem der Zug der Arbeitslosen vor dem Rathaus ange-langt war, begab sich eine Abordnung von etwa 10 Demon-stranten in die Eingangshalle. Sie wurde von den Stadträten

anfassen? „Wir sollten alle sehen, von hier wegzukommen,“ dachte er. „Hier gibt's nur langweilige Scherereien.“

Nein, zu Ansehen brachte man es hier nicht — nicht ein-mal Verkehr fand man! Er war dahin gelangt, sich nach Mit-menschen zu sehnen, und dachte oft an seine Verwandten, von denen er seit Jahr und Tag nichts gesehen und kaum etwas ge-hört hatte. Das Verlangen nach seinem Heimatsort befiel ihn, den er einst verlassen hatte, um den Schinder abzuschütteln, und er trug sich ganz im geheimen mit dem Gedanken, den ganzen Runder zu verkaufen und in die Heimat zurückzukeh-ren. Von dem Urteil der Leute konnte man sich ja doch nie freimachen, wie es schien, wohin man auch in der Welt jagt. Hier zu bleiben, bereitete keine Freude mehr, und ohne Freude war auch kein Fortschritt möglich. „Fast nichts bringt Segen,“ dachte er. Mit Ausnahme der gelegenen Kleinen — und die würde man ja mitnehmen.

Daß er sich im Innern auf den Aufbruch vorbereitete, machte die Dinge nicht besser; alles gewann dadurch das Ge-präge des Vorübergehenden. Man mußte mit dem richtigen Zupacken warten, bis man in den neuen Verhältnissen war — mochte es nun werden, wie es wollte.

Lars Peter und Stine besprachen die Sache zusammen, und sie hatte nichts dagegen, anderswohin zu ziehen, gleich-gültig wohin. Sie hatte nichts zu verlieren, der Gedanke an etwas Neues barg lauter günstige Verheißungen in sich. In-s-geheim trug sie sich mit einer eigenen kleinen Erwartung von etwas, das kommen würde — bloß hier nicht; der Ort hier war ja verflucht. Es brauchte nicht gerade der Prinz zu sein, von dem Großchen im Spinnweb gesungen hatte — an ihn zu glauben, dazu war sie zu klug; Prinzen verheirateten sich gewiß nur mit Prinzessinnen. Aber es gab doch genug, was ge-sehen konnte, wenn man dem Schicksal nur die Gelegenheit bot — Stine war nicht anspruchsvoll. Ihr dürftig genährter Sturz sah das Ganze vom Grunde aus, es gab für sie nur ein Empor. „Aber es muß ein Ort sein, wo Menschen wohnen,“ sagte sie. „Richtige Menschen!“ fügte sie hinzu und dachte dabei zumeist an die kleineren Geschwister.

So plauderten sie weiter, bis sie sich darüber einig waren, möglichst bald zu versuchen, das Ganze zu verkaufen und weg-zukommen. Es geschah jedoch etwas, das sie eine Zeitlang veranlaßte, ihre Auffassung vom Dasein zu verändern und ihre Pläne zu vergessen. (Fortf. folgt.)

Hinje, Wege und Weisse sowie den Stadtoberordneten Egner, Koch, Dr. Schneider u. a. Vertretern aller Fraktionen empfangen und trugen ihre Wünsche vor. Ein Mitglied der Abordnung war mit dem C. I. und anderen Auszeichnungen geschmückt. Stadtrat Hinje einigte sich mit ihnen, worauf die Führer der Abordnung vom Balkon des Rathhauses aus zu den Demonstranten sprachen. Auch Stadtr. Adolf Hoffmann versuchte durch mehrmalige Anreden die erregten Gemüter zu beruhigen. Gegen 8 Uhr begaben sich die Obdachlosen zu dem städtischen Obdach in der Fröbelstraße. Zu Zusammenstößen mit der aufgebotenen Schuppolizei ist es nicht gekommen.

### Mordgerücht.

#### Geheimnisvoller Tod eines Achtzigjährigen.

Ein 80jähriger Sonderling ist in Schöneberg gestorben und da sein Tod unter recht sonderbaren Umständen erfolgt ist, so erregte er mehr Aufsehen, als der Lebende während seines 80jährigen Erdendallens wohl je erregt haben mag. Es wurde der Nordbereichsdienst der Kriminalpolizei alarmiert und aufgeregte Leute ergingen sich in furchtbaren Mutmaßungen. Die Untersuchung förderte folgendes zutage:

Am Hause Fregestraße 78 wohnte der 80 Jahre alte Freiherr Arno v. Wangenheim. Der alte Mann, der bei der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft beschäftigt war, bewohnte in dem Gartenhaus zwei Stube und eine Küche. Der hochbetagte Greis liebte es, sich von der Welt zurückzuziehen und diese Zurückgezogenheit ging so weit, daß er keinen Menschen in seine Wohnung hineinließ. Er ließ sich die Lebensmittel durch die Pförtnerin einkaufen, holte sie sich dort ab und bereitete sich auch selbst in seiner Wohnung das Essen. Während seiner freien Stunden vertiefte er sich in seinen großen Bücherstapel. Seit Montag nachmittags, als er aus dem Geschäft heimgekehrt war, ist der Greis nicht mehr gesehen worden. Ein Bote aus dem Geschäft erhielt auf Alopein keine Antwort. Die Kriminalpolizei ließ die Wohnung gewaltsam öffnen und jetzt fand man den Greis in der Küche tot auf dem Boden liegen. Die Wohnräume selbst boten das Bild eines ganz wüsten Durcheinander. Man nahm zunächst an, daß Einbrecher dort gehaust und der Greis ihnen zum Opfer gefallen sei. Die Aufnahme des Totbestandes durch die Rechtskommission ließ aber bald erkennen, daß kein Verbrechen vorlag. Merkmale, die auf einen gewaltsamen Tod des Greises schließen lassen, wurden an der Leiche nicht gefunden. Die Leiche wurde daher beiseitegenommen und zur Obduktion nach dem Schauhause gebracht. Das Durcheinander in der Wohnung ist darauf zurückzuführen, daß der Greis nur wenig auf Ordnung hielt. Sein Tod ist wahrscheinlich plötzlich eingetreten, als er in der Küche dabei war, sich das Abendessen heranzubereiten. Wahrscheinlich ist er schon am Montagabend erkrankt. Ein Selbstmord ist ebenfalls nicht von der Hand zu weisen, da der alte Mann besonders in der letzten Zeit Selbstmordgedanken geäußert hat.

### Hungerstreik in Grabowsee.

Die Patienten der Lungenheilstätte Grabowsee liegen, wie im „Vorwärts“ schon gemeldet wurde, im Streit mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg. Sie fordern die Wiederherstellung des früher üblich gewesenen Kleidergeldes, das nach Entziehung der Anstaltskleidung als eine Vergütung für Abnutzung der eigenen Kleider gezahlt wurde. Nachdem die Bemühungen, eine Einigung herbeizuführen, gescheitert waren, griffen die Patienten zu dem Mittel, die Liegebetten zu verweigern. Da auch das nicht den Erfolg gehabt hat, den Vorstand der Landesversicherungsanstalt umzustimmen, so sind die Patienten am gestrigen Donnerstag in den Hungerstreik eingetreten. Der Beschluß war, wie wir hören, am Mittwoch mit mehr als 2/3-Mehrheit der Patienten gefaßt worden. War es wirklich nötig, es zu dieser Verschärfung des Streites kommen zu lassen?

### Bedrohte Häuser in der Friedrichstraße!

Die Untergrundbahnbauten in der südlichen Friedrichstraße gestalten sich wegen des dort ausgedehnten bestehenden Untergrundes äußerst schwierig, so daß zur Herstellung des Tunnels ein umfangreicher Vortrieb erforderlich ist. Beim Einrücken der Pfeiler bildeten sich Verdrängungen an den Bürgersteigen, da ein Teil des Kuppelkammes durch die Grundwasserablenkung sich verdrückte. Die Häuser dieser Gegend, von denen einige seit Jahren Risse aufwiesen, sollen jetzt durch die Untergrundbahnbauten gelitten haben. So hat der Besitzer des Hauses Friedrichstraße 64a Besselstraße jetzt ein Beweissicherungsverfahren gegen die Untergrundbahngesellschaft eingeleitet, um diese für entstandenen „Schaden“ haftbar machen zu können. Die bauausführende Firma hat ihrerseits wieder ein Beweissicherungsverfahren eingeleitet, um nachzuweisen, daß die Schäden am Hause Friedrichstr. 28 nicht durch den Untergrundbahnbau, sondern durch unzureichende Fundamentierung des Hauses verursacht sind. Die fortlaufende Kontrolle der Häuser hat im übrigen ergeben, daß sie seit Inangriffnahme der Rammarbeiten weitere Beschädigungen an den Vorderfronten nicht erlitten haben.

### Rohschlächter in der Sommerlaube.

Zwei gewerbmäßige Fuhrwerksdiebe wurden von der Berliner Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht. Es handelte sich um die beiden Gedröder Karl und Walter Jensen, die, wie ihnen nachgewiesen werden konnte, eine ganze Reihe von Fuhrwerken von der Straße gestohlen haben. Das Fuhrwerkpaar fuhr dann mit den gestohlenen Wagen nach der Jungfernheide, wo sie die Pferde ausspannten und in eine am Tegeler Weg gelegene Laube brachten. Dorthin wurde dann der Rohschlächter Keller aus der Elbinger Straße gebracht, der die Tiere ab schlachtete und das Fleisch in seinem Geschäft verarbeitete. Als die Kriminalpolizei hinter das Treiben kam, fand sie in der Laube noch zwei Pferde, die gerade abgeschlachtet werden sollten. Die Reste der Tiere waren nach einem Laubengelände bei Weihensee gebracht und dort verkauft worden. Die Ermittlungen, wo die gestohlenen Wagen und die Ladung geblieben sind, waren jedoch bisher ergebnislos. Mitterlungen, die zur Aufklärung dienen können, werden von der Dienststelle B 19 der Berliner Kriminalpolizei im Zimmer 88a entgegengenommen.

### Der Gerichtsbeamte als Eheschlichter.

Unbegreifliche Verfehlungen eines Gerichtsbeamten, der ein ganzes gerichtliches Ehescheidungsgericht fälschlich angefertigt hat, kamen in einer Verhandlung zur Sprache, die die Strafkammer des Landgerichts II beschäftigte. Wege Doppelt, Gebrauchsgeldlicher Urkunden, schweren Diebstahls in 3 Fällen, intellektueller Urkundenfälschung, Betrugs und verurlichen Betrugs in zahlreichen Fällen war der Architekt Wilhelm Hellwig angeklagt, der Gerichtsbeamte Wally Fleischler wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung.

Hellwig, der von seiner Frau getrennt lebt, stand mit dieser im Ehescheidungsprozeß. Noch bevor dieser beendet war, schloß er eine neue Ehe vor dem Standesamt in Friedrichshagen mit einem Mädchen, mit dem er schon vorher zusammen gelebt hatte. Da er aus seiner ersten, nicht geschiedenen Ehe ein Kind beiz, bedurfte er zur Zwecke der Wiederherstellung eines Auseinanderlegungszeugnisses. Dagegen eine solche Auseinanderlegung nicht statigefunden hat, legte

# Zusammenbruch des Korruptionswindels.

Die gestrige Verhandlung im Sonnenfeld-Prozeß bedeutete einen völligen Zusammenbruch der Clique, die länger als ein Jahr Oeffentlichkeit und Presse mit ihrem Korruptionsgeschrei gegen die Sozialdemokratie erfüllt hat. Der Urheber der ganzen Sache, der Defraudant Ernst Sonnenfeld, kapitulierte glatt. Er, der das berühmte „Material“ geliefert hatte, Material, das „viele Millionen wert“ sollte, Material, dessen Verfertigung „eine neue Revolution hervorzurufen“ würde, er nahm gestern erumtütig alles zurück. Sonnenfeld jur. erklärte, daß er keine ungerechtfertigte Bereicherung des Herrn Georg Ellarz behaupten könne, daß er die anderthalb Millionen unterschlagen und nicht „zurückgehalten“ habe, weil er Regressansprüche besorgen mußte. Er schloß mit den Worten:

„Ich sehe sehr ein, daß an der Sache nichts ist.“

Damit ist der große Schwindel reiflos in nichts zerflogen, der die reaktionäre und linksradikale Presse monatelang von der „korrupten Sozialdemokratie“ hat reden lassen. Auch der Prozeß Sonnenfeld wäre damit im wesentlichen erledigt gewesen, da der Hauptangeklagte Ernst Sonnenfeld auf weitere Zeugen verzichtete. Da aber sein Vater, der offenbar geistesgestörte Herrmann Sonnenfeld, auf seinen Schein bestand, so mußte nun noch der spiritus rector der ganzen Sache, Georg Davidsohn, vernommen werden.

Die mit großer Spannung erwartete Aussage des „Enthüllers“ und „Parteiinigers“ ergab ein Nichts. Davidsohns sehr breite Aussage bildete eine mit großer Wichtigkeit vorgetragene Aneinanderreihung von allerhand Nichtigkeiten, von Parteiklatsch und -tratsch niedriger Ordnung. Davidsohn suchte seine Aussage interessant zu machen, indem er mitteilte, was ihm angeblich andere Parteigenossen in der Sache gesagt hätten. Soweit wir diese noch erreichen konnten, haben wir feststellen können, daß Davidsohn mit Ausserungen, die ihm — damals noch als geachteten Parteigenossen — von Parteigenossen gemacht wurden, zum mindesten sehr subjektiv umgesprungen ist.

Der Zeuge Davidsohn schilderte ausführlich die bekannten Vorgänge in der Partei, die auf sein und Baumeisters Betreiben eingeleitete Untersuchungskommission und ihre Verhandlungen. Der Untersuchungsanspruch war, wie der Gerichtsvorsitzende feststellte, zu dem Ergebnis gekommen, daß die maßlose Heße, die monatelang gegen Parteiführer getrieben wurde, keinerlei sachliche Grundlage habe. Davidsohn suchte dies Ergebnis dadurch zu diskreditieren, daß er behauptete, der Untersuchungsausschuß hätte zum größten Teil während der Verhandlungen geschlossen und nicht zugehört! Mehrfach trat der Gerichtsvor-

sitzende selber Davidsohns Ausführungen entgegen, indem er betonte, daß Dinge, die Davidsohn als sehr bedenklich hinstellte, sich in der Verhandlung als

ganz harmlos und einwandfrei

erwiesen hätten, so z. B. die verschiedenen Zusätze und Bescheinigungen für Ellarz. Mit Recht wies auch der Gerichtsvorsitzende darauf hin, daß in den erregten Januarjahren, wo alles drüber und drunter ging, doch nicht dieselben Anforderungen an Buchführung gestellt werden konnten, wie im steifen Frieden. Davidsohn wollte das für Ellarz nicht gelten lassen, ebensowenig, daß Ellarz durch seine Tätigkeit für das Regiment Reichstag zur Wiederherstellung des Sparsparausstandes beigelegten habe. Das Geld hätten ganz andere Leute gegeben. (Davidsohn, der damals für die „Freiheit“ schrieb, wohl nicht.) Davidsohn erklärte dann weiter einen Preisaufschlag von fünf Prozent auf die gelieferten Lebensmittelwaren für „ungeheuerlich“; er mußte sich aber von dem Angeklagten Ernst Sonnenfeld selbst sagen lassen, daß dies die Entschädigung der Einkäufer für ihre Mißverwaltung gewesen sei. Außerdem sind die fünf Prozent nur auf den kleinsten Teil der Lieferungen aufgeschlagen worden. Selbstsames kam dann noch zur Sprache, als

### Der Fall Rhodin

mit zur Besprechung gelangte. Davidsohn, der Vorkämpfer der Wahrheit, gestand offen zu, sich einer groben Unwahrheit schuldig gemacht zu haben. Als nämlich der Anwalt des Herrn Ellarz von ihm die Zurückgabe der Ellarz entwendeten Papiere verlangte, erwiderte Davidsohn absichtlich den Anschein, als ob er — damals noch Reichstagsabgeordneter — die Papiere hinter sich habe, während in Wirklichkeit er sie der Familie Sonnenfeld zurückgestellt hatte. Von Rechtsanwalt Dr. Pröll wurde es als ein

### bedenklicher Eingriff in das Vorgehen der Behörden

bezeichnet, wenn ein immuner Reichstagsabgeordneter den Eindruck erweckt, er habe wichtige Papiere noch im Besitz, während er sie in Wirklichkeit den interessierten Personen zurückgegeben hat.

Das war das Ergebnis der Aussage Davidsohns! Am Schluß der Verhandlung teilte der Vorsitzende noch mit, der Generalstaatsanwalt habe die Genehmigung erteilt, daß Staatsanwaltschaftsrat Gutzjahr über die von der Verteidigung gestellten Fragen — mit einer Ausnahme — vernommen werden. Außer diesem sollen am Freitag noch die Zeugen Martin und Kurt Sochaczewski sowie die Sachverständigen vernommen werden. Damit dürfte dann die Beweisaufnahme beendet sein, und am Montag werden voraussichtlich die Plädoyers beginnen.

## Groß-Berliner Parteinaufrichtungen.

### Heute, Freitag, den 11. März:

11. Mt. (Friedenau). Die Bibliothek befindet sich im Restaurant Gumbach, Oberwallstr. 19. Die Lesestunde. Buchausgabe jeden Freitag abends. 8. Mt. (Görlitz). Tagelager und Kaffeehausausgang. Besondere Sitzung heute abends 8 Uhr bei Element. Oberrichter 7.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.

11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R. 11. Mt. (Kleinb. Berg). Abteilungsversammlung in der Schulau Kronprinzstr. 10. Referat: W. R.





## 28 Milliarden Diktatkosten.

In dem außerordentlichen Haushaltsplan für 1921 sind zur Ausführung des Friedensvertrages im Kapital 1 insgesamt 292 737 500 M.

für das Reichsministerium des Innern eingestellt zur Abwicklung der aus der Abtretung Elsaß-Lothringens und anderer Gebiete sowie aus der Flüchtlings- und Befangenenfürsorge erwachsenden Geschäfte.

Davon 67 000 000 M. für Besoldungen, Ruhegehälter und hinterbliebenenbezüge der planmäßig angestellten Beamten der früheren elsasslothringischen Landesverwaltung, 20 000 000 M. für Abtransport der Mobilien der verdrängten Elsaß-Lothringer und 1 500 000 M. für die Bezahlung der vom Deutschen Reich zu begleichenden laufenden Verwaltungsschulden des Landesfiskus von Elsaß-Lothringen. Beim Reichswehrministerium sind gefordert

113 912 299 M.,

wovon 107 249 584 M. für Minenräumarbeiten. Die Interalliierte Rheinlandkommission erfordert 108 673 280 M. Die persönlichen Kosten für die Interalliierte Rheinlandkommission und die Delegierten betragen für Belgien 8 000 000, für Frankreich 42 000 000, für England 33 000 000 M. Hierzu treten 10 000 000 M. an sachlichen Kosten für die Rheinlandkommission und 15 673 280 M. für die Delegierten. Für den Unterhalt der Befehlstruppen und für Vergütungen von Leistungen werden 7 266 374 000 M. ausgeworfen. Dies alles noch für 1920. Der Jahresbedarf für 1921 ist wie folgt geschätzt worden: Marktvorkäufe 6 000 000 000 M., Requisitionen 1 000 000 000 M., Bergfestigungskosten 268 374 000 M. Die bis jetzt festgestellten Requisitionsforderungen belaufen sich auf rund 1,3 Milliarden. Der Betrag wird sich noch beträchtlich erhöhen.

757 197 500 M. stehen für Grundstücksverwertungen, Neubauten und Umbauten zur Unterbringung der Befehlstruppen „zur Verfügung“, davon allein

403 000 000 M. für Offizierswohnbauten

nebst Ausstattung. Der Gesamtbedarf an Offizierswohnungen ist durch die bisherigen Bewilligungen erst zu etwa einem Drittel gedeckt. Die Unterbringung der Interalliierten Wehrwachungsanschüsse wird 53 278 000 M. erfordern, davon allein 19 340 000 M. für die Unterbringung von 763 Offizieren. Die Entfestigungsarbeiten am Oberrhein, in Raastatt, Künz, Koblenz, Mainz, Gernersheim, Kref. Bielefeld und Heloland sind auf 250 000 000 M. veranschlagt, die Kosten für die Auslieferung und Anbrauchsmachung des Kriegsmaterials und der Rückgabe von Beutegerät mit 275 000 000 M. in Anschlag gebracht. 3 000 000 000 M. erfordert die Lieferung von lebenden Tieren an die Entente 300 000 000 M. die Ablieferung von Docks, Baggern und Hafenmaterial für Scapa Flow, 35 000 000 M. die Rückgabe von Werken, insbesondere die Herstellung der Bibliothek in Löwen. Die Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen für die Entente-Kommissionen sind mit 434 600 M. in Anschlag gebracht.

Gesamtsumme 28 050 354 919 M.

## Deutschösterreichs Mitgefühl.

Wien, 10. März. (M.B.) Am Nationalrat führte Präsident Dr. Weiskirchner in einer Ansprache, die von den Abgeordneten stehend angehört wurde, aus:

Die Nachbarn aus London und Berlin haben uns tief erschüttert, denn sie enthalten eine schwere Verhärtung der wirtschaftlichen Weltkrise und der mit ihr zusammenhängenden sozialen Kämpfe. Es gibt niemand unter uns, der nicht den bestimmten Eindruck hätte, daß das deutsche Volk in vollem Ernste und in aller Aufrichtigkeit entschlossen war, seinen vertraulichen Verpflichtungen nachzukommen und zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Werte bis zu der äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit beizutragen. Es ist ein Verhängnis und ein unerträgliches Unglück nicht allein für Deutschland, sondern für die ganze Welt, daß dieser

gute Wille des deutschen Volkes in London nicht erkannt

wird und daß Mißtrauen und Vorurteile dort noch nicht überwunden worden sind. Deutsche Städte, die als Brennpunkte schöpferischer Arbeit für ganz Mitteleuropa von höchster Bedeutung sind, müssen als Stützpunkte der Weltwirtschaft der Entente dienen. Zur Heilung aller wirtschaftlichen Friedenswunden ist der Feind der großen Völkerverständigung wieder in unsehbarer Ferne gerückt. Man möchte nicht deutschen Stammes und deutscher Sprache sein, um die Tränen dieser Menschen nicht mitzuerleben. Noch tiefer und unmittelbarer müssen aber notwendigerweise wir uns durch das, was unseren Brüdern am Rhein in diesen Tagen geschieht, schmerzhaft getroffen fühlen.

Wir haben einer Einladung der englischen Regierung nach London Folge geleistet, die eine Gelegenheit geben will, unsere Lage in mündlicher Erörterung darzulegen und die Mittel für eine Erleichterung unserer Anwesenheiten durchzubekommen. Wir wären der Empfinden der ehemaligen Feinde, die sich in diesem Vorgange ausdrücken, und wir wären ihrer Achtung nicht wert, wenn wir den Dank für die uns zugegebene Hilfe

in der Münze verräterischen Schweigens

erhalten wollten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Mit der Rundgebung brüderlicher Teilnahme für unsere schwer geprüften Volksgenossen verknüpfe ich die Hoffnung, daß nun doch noch ein Weg zu einem Einvernehmen zwischen Deutschland und der Entente gefunden werden wird. Oesterreich, das durch den Krieg am meisten gelitten hat, ist der natürliche Übersetzer eines Friedens, der ein gesichertes Gut der Völker erst am Tage werden kann, an dem endgültig Recht vor Gewalt geht. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Auf die Freundschaft aller Nationen angewiesen, hegen wir den einen Wunsch, daß ihnen allen die Sonne dieses Tages bald aufgehen möge. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Weltverkehr und Deutschlandsverre.

Basel, 10. März. Die erste allgemeine Verkehrs-Konferenz, die vom Völkerverbund einberufen worden ist, wurde in Barcelona eröffnet. Der Berichterstatter der „Basler Nationalzeitung“ verweist darauf, daß die von Lloyd George geäußerte Absicht, auch die indirekte deutsche Einfuhr zu unterbinden, die Abmachungen des Völkerverbundes verleihe. Nach diesen könnten die Neutralen nicht dazu angehalten werden, ihren Warenverkehr mit Deutschland aufzugeben. Sollte der Plan aber trotzdem verwirklicht werden, dann würde er für die neutralen Länder, besonders für Holland und die Schweiz, nicht unerhebliche Folgen haben.

Bekanntnis einer schönen Seele.

Paris, 9. März. Gustave Hervé leistet sich in der „Victoire“ folgenden Gefühlsregung: Die Deutschen könnten den Friedensvertrag von Versailles als nicht bestehend anerkennen, was sie aber in Rechnung stellen müßten, sei, daß die Franzosen am Rhein ländeln, daß sie die Brückenköpfe in der Hand hätten, daß Eisen und Kohlengruben des Ruhrgebietes von den französischen Kanonen bedroht seien, daß Deutschland zu neun Zehnteln entwaffnet sei, daß es von Feinden umzingelt, von Polen, der Tschechoslowakei, Südschweden, Italien, Frankreich, Belgien und England, die alle bis an die Zähne bewaffnet seien, und die innerlich Gefühle gegenüber Deutschland hätten, die weit entfernt seien von Sympathie und Wohlwollen, daß die Alliierten Herren des Meeres seien, und daß das militärische Deutschland nicht mehr auf den Mann zählen könne, der 1917 die russische Front zerstört habe. (Der langen Rede kurzer Sinn ist: daß wir den Friedensvertrag zerrissen haben, möglicherweise wahr, aber wir können es uns ohne Gefahr leisten, da wir „alle bis an die Zähne bewaffnet“ sind. Die Red.)

## Die Moskauer Bilder.

Trotz herrlichem Frühlingswetter waren dem Moskauer der B.R.D. nach dem Aufgange nur wenige Tausende gefolgt. Die kommunistische Jugend sollte sich an der Granitschale vor dem Museum treffen, hatte es aber vorgezogen, den Treppentritt auf den Deckel der Schale zu verlegen. Die bekannten Parteiführer hatten diesmal das Wort weniger bekannten Persönlichkeiten, vielfach recht jugendlichen Leuten überlassen. Die Redner hatten sich zu nahe beieinander aufgestellt und besonders vor dem Alten Museum verhielten sie sich schließlich gegenseitig zu überhören, so daß die Hörer endlich unwillig wurden und alle beide unterbrachen. Die Kommunisten hatten auch etwa 100 Obdachlose in ihrem erbarmungsreichen Zustand auf der Freitreppe des Museums postiert. Einer der Redner vor dem Alten Museum betonte, daß es ein Unglück für die deutsche Arbeiterchaft wäre, wenn Oberschlesien verloren ginge. Das Strafgericht der Oberbezogen wird nicht ausbleiben!

Am Lustgarten stand ein einziger Polizist, der sich aber darauf beschränkte, die Personalien eines Japaners, der ohne polizeiliche Erlaubnis photographische Aufnahmen machen wollte, festzustellen.

Nach Schluß der Reden bildeten sich keine Demonstrationen. In der Schlossbrücke war eine Ordnungspolizei gebildet, um zu verhindern, daß unbefohlene Elemente in die Bannweile eindrangen. Einige hundert Mann brachten vor dem Rathaus Hochrufe auf Sowjetrußland aus.

## Münchener Protest.

Eine außerordentliche Generalsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins München beschloß eine Kundgebung, welche den schärfsten Protest gegen die neue Gewaltanwendung der Entente erhebt, die Hilfe des internationalen Proletariats anruft und die ganze Kulturwelt auffordert, gegen die barbarischen Maßnahmen des Ententemilitarismus Stellung zu nehmen. Die Volksgenossen in den neu besetzten Gebieten werden zu ihrem ersten Vorsatz beglückwünscht, mit Würde und Ausdauer im Interesse des Volksganzen die neuen Lasten zu tragen zu wollen.

## Sèvres-Revision.

Paris, 10. März. (M.B.) Die Alliierten haben den Türken mitgeteilt, daß sie geneigt sind, in folgende Änderungen des Vertrages von Sèvres einzuzwilligen. 1. Smyrna wird autonome Stadt mit einem Hafen, die übrigen Teile des Vilajets werden den Türken zurückgegeben. 2. Konstantinopel wird von den alliierten Militärkontingenten geräumt. 3. Konstantinopel wird nicht in die Zone der internationalisierten Meerengen einbezogen, die unter der Kontrolle der Meerengen-Kommission gestellt sind. Um diese Meerestrasse unter der Kontrolle der Alliierten zu behalten, werden diese eine Flottenbasis auf dem europäischen Ufer schaffen. Lord Curzon hat den Türken diese neuen Vorschläge selbst überreicht.

Über die Griechen erklären, daß sie aus Smyrna und dem übrigen besetzten Gebiet nicht herausgehen.

## Zur Frage der Schuld am Weltkrieg.

Der mit der Klärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg geführt haben, betraute Untersuchungs-Ausschuß des Reichstages beschloß in seiner Sitzung die Annahme der Feststellung: Der Ausschuß hat die von den Sachverständigen erstatteten Referate, die wir gestern abend mitteilten, geprüft. Die folgenden Zusammenfassungen und Daten hält der Ausschuß für erwiesen:

### I. Vorbemerkungen.

1. Die am 25. Juli 1914 um 9 Uhr 30 Min. abends verfaßte österreichisch-ungarische Teilmobilisation gegen Serbien umfaßte 8 Armeekorps von insgesamt 22 Divisionen. Kein Teil dieser 8 Armeekorps grenzte an russisches Gebiet. Serbien hatte seine Mobilisation am demselben Tage um 3 Uhr nachm. ausgeprochen.

2. In der Zeit vom Abend des 25. Juli bis zum Mittag des 31. Juli ist nach den Akten des Wiener Kriegesministeriums keine weitere Mobilisation angeordnet worden. Die eigenen Tagesberichte des russischen Generalstabes bestätigen, daß dort noch am Abend des 30. Juli von einer allgemeinen Mobilisation in Oesterreich-Ungarn nichts bekannt war.

3. Die amtlich ausgegebene russische Teilmobilisation vom 29. Juli erstreckt sich über ein Gebiet von 88 Millionen Einwohnern. Sie umfaßt 55 Infanterie- sowie 8 Kavallerie-Divisionen, außerdem mehrere Stakalformationen und hat Maritten auch aus den weitesten nördlich gelegenen Gouvernements auf.

4. Die Mobilisation der englischen Flotte war außerordentlich erleichtert durch den Umstand, daß seit dem 16. Juli die drei Heimflotten mit 400 Wimpeln zu einer Probemobilisation mit Wandern um Vortland verlämmelt waren, und am 26. Juli die vorgezeichnete Demobilisation einsetzten.

### II. Zeitliche Reihenfolge der Anordnungen des letzten Stadiums vor der allgemeinen Mobilisation.

- |                                                                                                        |           |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. Rußland: Offizielles Inkretieren der „Kriegsvorbereitungsperiode“ für das ganze europäische Rußland | 26. Juli. |
| 2. England: „Warnungstelegramm“ (warning telegram) für Meer und Flotte                                 | 29. Juli. |
| 3. Frankreich: Befehl zur Aufstellung des Grenzschutzes (ordre de dépôt en couverture)                 | 30. Juli. |
| 4. Oesterreich-Ungarn: „Alarmierung“ gegen Rußland                                                     | 31. Juli. |
| 5. Deutschland: „Zustand drohender Kriegsgefahr“                                                       | 31. Juli. |

### III. Zeitliche Reihenfolge der allgemeinen Mobilisation der Großmächte.

(Alle Stunden nach mitteleuropäischer Zeit.)

- |                                               |                                |
|-----------------------------------------------|--------------------------------|
| 1. Rußland: Wahrscheinlich insgeheim befohlen | 29. Juli, im Laufe des Abends. |
| Offiziel angeordnet                           | 30. Juli, 6 Uhr abends.        |
| 2. Oesterreich-Ungarn                         | 31. Juli, 12:23 Uhr nachm.     |
| 3. Frankreich                                 | 1. August, 4:40 Uhr nachm.     |
| 4. Deutschland                                | 1. August, 5 Uhr nachm.        |
| 5. England: Flotte                            | 2. August, 2:25 Uhr morg.      |
| Landheer (Expeditionskorps)                   | 3. August, 12 Uhr mittags.     |

## Die Kronstädter Forderungen.

Terziol, 10. März. (O.C.) Dem Berichterstatter des Ost-Expreß ist es gelungen, sich die vom Kronstädter Revolutionskomitee herausgegebenen „Isweßka“ vom 8. März zu verschaffen. Im Leitartikel wird die Forderung aufgestellt, daß die gesamte Gewalt dem Sowjets, nicht aber den Parteien gehören müsse. In einem anderen Artikel wird der Versuch der Sowjetpresse, den Kronstädter Aufruf als eine weißgardistische Verschwörung hinzustellen, scharf zurückgewiesen und gegen die Befehlsgebung protestiert, daß sich die Kronstädter Aufständischen an Finnland verkauft hätten. Der heuker Trocki verpöndert mit allen Mitteln die Entsendung von Arbeiterdelegierten nach Kronstadt, die sich über die wahren Ziele der Matrosen vergewissern könnten. In einem „Wofür wir kämpfen“ überschriebenen Aufsatz werden folgende Kampfziele aufgestellt:

Für die Befreiung der von den Kommunisten geknechteten Persönlichkeiten; gegen die Gewalt der außerordentlichen Kommission (Tche-Ka), der Bureaukratie und der Volkskommission; gegen die

Verklammerung der werksfähigen Massen durch die Gewerkschaften; gegen die Klassenverflechtungen von Bauern; für Rußland, das zur höheren Ehre der Kommunisten, denen die Volkswirtschaften fremd sind, in Blut ertrinkt.

Es wird dann freie Wahl der Sowjets gefordert — nicht etwa ihre Ersetzung durch ein allgemein gewähltes Reichsparlament.

## Zugeständnisse der Sowjetregierung?

Die „Krasnaja Gasetä“ vom 27. Februar bringt den Wortlaut des durch die Unruhen veranlaßten Aufrufs von Kallina und Sinowjew an die Bevölkerung von Petersburg. Der Aufruf teilt bezeichnend mit, daß gegen Gold im Auslande 300 000 Tonnen Kohle für Petersburg angekauft seien, daß unter Kontrolle der parteilosen Arbeiter Eilzüge nach Getreide entsandt wurden, und enthält wichtige Zugeständnisse der Sowjetregierung. Alle zwangsweise durch die Arbeitsmobilisation aus den Dörfern nach Petersburg verbrachten Arbeiter sollen sofort entlassen werden, die Sperre von mandos gegen die private Lebensmittelzufuhr nach Petersburg nur nach den Schleichhändlern und nicht den Arbeitern gegenüber in Tätigkeit bleiben. Vor allem verändert der Aufruf, die Sowjetregierung wolle die Lage der Bauernschaft erleichtern und plane, das bestehende Abteuerungs-system für Getreide durch eine feste Getreideabgabe in der Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der Ernte zu ersetzen und den Bauern das freie Verfügungsrecht über den Rest einzuräumen. Dahingehende Vorschläge sind bisher von der Sowjetregierung und der Sowjetpresse aufs schärfste bekämpft und als praktisch gleichbedeutend mit der Wiederherstellung des freien Handels bezeichnet worden. Es herrscht offenbar in der Sowjetregierung starke Beunruhigung nicht nur wegen der Stimmung in den Städten, sondern auch bei der Bauernschaft. In seiner Moskauer Rede vom 28. Februar hat auch Lenin erklärt, die Sowjetregierung sei geneigt, jeden vernünftigen Vorschlag der Bauern hinsichtlich der Getreidebeschaffung zu prüfen, und der bevorstehende Parteikongreß werde über die Getreideabgabe beraten.

## Russischer Thronkandidat in Berlin.

Der russische Ex-Großfürst Dmitri Pawlowitsch, der als der populärste Thronkandidat der russischen Monarchisten gilt, ist in Berlin eingetroffen. Er wurde von russischen Monarchisten begrüßt, lehnte aber eine förmliche Veranstaltung ab. Die Berliner russische „Kadettenzeitung“ betont, daß die monarchistische Idee in Rußland als abgelehnt und die Versuche, sie zu beleben, als aus-totigt und schädlich zu betrachten seien.

## Petersburg gefallen?

London, 10. März. (Holländisch Neuwsbureau.) Nach einer „Times“-Meldung sollen die Revolutionäre Petersburg erobert haben, mit Ausnahme von zwei Bahnhöfen. Ähnliche Bolschewiki-enführer sollen in Autos aus Petersburg geflüchtet sein.

Eine weitere „Times“-Meldung aus Riga besagt, daß die russisch-polnische Konferenz ihre Arbeiten eingestellt habe. Die Bolschewiki gäben als Ursache an, daß Hoffe krank sei.

## Pfeffer vor Gericht.

Stargard, 10. März. (Eigener Drahtbericht des „Vormärts“.) Der Redakteur der „Freiheit“ Kohler erzählt, wie im Sommer 1920 die Staatsanwaltschaft den Hauptmann Pfeffer, gegen den Haftbefehl erlassen worden war,

nicht finden konnte. Da habe die „Freiheit“ telephonisch den Hauptmann Pfeffer in Arnswalde anrufen und auch gesprochen, und diesen Sachverhalt habe die „Freiheit“ dann zur Kennzeichnung des Vorgehens der Staatsanwaltschaft veröffentlicht.

Auch bei der Vernehmung Kohlers läßt sich der Vorfall eindeutig und besonders einer der Beiführer, dessen ganzes Aufstreiten im Prozeß den Eindruck hervorruft, daß ihm Pfeffers Arbeit sehr sympathisch ist, von der Absicht beeinflussen, der „Freiheit“ nachzuweisen, daß sie bei der Veröffentlichung von Material zu wenig kritisch vorgehe. Wieder hat man den Eindruck, daß die „Freiheit“ und nicht der Hauptmann Pfeffer angeklagt ist. Eine weitere Eigenart dieses Prozesses ist es, daß

eine große Zahl wichtiger Zeugen nicht zu erreichen

ist, es sind einstige Pfefferleute, Offiziere und Unteroffiziere, zum Teil dunkle Existenzen, von denen man nicht weiß, ob sie Betrüger oder Hochstapler sind.

Die Hauptbelastungszeugen Isenberg und Billemeier, die Gewährsmänner der „Freiheit“, sind in dem Prozeß auch als überaus zweifelhafte Leute festgestellt worden. Die „Freiheit“ hat diese Leute in Berlin während ihres Aufenthalts im Gewerkschaftshaus unterbringen und überwachen lassen, doch, wie sich zeigt, ohne Erfolg. Es kommt noch zu einem Zusammenstoß, als der Berichterstatter den Zeugen Kohler fragt, ob die „Freiheit“ etwa Material der Entente — der Vorfallende sagt statt Entente Feindbund — geliefert habe. Kohler erklärt, daß er es für unnötig halte, auf eine solche Frage zu antworten. Der Vorfallende läßt es zu diesem Wortwechsel kommen und unterbricht erst nach dem Zusammenstoß zwischen Verteidigung und Zeugen die weitere Auseinandersetzung über diesen Punkt.

Zeuge Schmidt vom Reichswehrministerium erzählt: Isenberg habe für sein Material über Waffenlager im Kreise Arnswalde 60 000 M. verlangt. Schmidt habe selbst nachgeprüft, aber keine Waffen gefunden.

Das Material Isenbergs und Billemeiers ist zum Teil von diesem aus dem Schreibisch Pfeffers gestohlen worden, Privatkorrespondenz und Papiere der Arbeitsgemeinschaft, aus denen aber nicht viel Belastendes hervorgeht. — Die Verhandlung wird auf Freitag vertagt.

## Kein Streik im Nahrungsmittel-Großhandel

Die im Nahrungsmittel-Großhandel tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen waren gestern abend wieder sehr zahlreich versammelt, um den Situationsbericht entgegenzunehmen und zu ihrer Vorkommenschaft wichtige Beschlüsse zu fassen. Der Sekretär der Gewerkschaft vom Transportarbeiterverband führte aus: Auf die Verlängerung des Ultimatus bis zum Donnerstagnachmittag 5 Uhr habe die Arbeitsgemeinschaft der Unternehmer, nachdem sie Mittwoch eine Mitglieberversammlung abgehalten hat, folgendes geantwortet: „Unsere Mitglieberversammlung hat einstimmig beschlossen, den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses anzunehmen, durch den Lohn erhöhungen abgelehnt wurden, der aber ausspricht, daß die bisherigen Lohnsätze bis zum 20. April weitergezahlt werden sollen. Wenn der Transportarbeiterverband den Wunsch hat, die Gründe noch näher zu hören, dann sind wir bereit, sie in einer Verhandlung am Donnerstag 5 1/2 Uhr auseinanderzusetzen.“ — Man sei darauf mit den Unternehmern zusammenzukommen, um auch die letzte Verhandlungsmöglichkeit zu erschöpfen. Die Vertreter der Unternehmer hätten hier in kurzen Worten mitgeteilt, daß die wirtschaftliche Lage jetzt so unsicher sei, daß sie keine Lohn erhöhungen bewilligen könnten, wenn sie auch den besten Willen hätten. Sie wollten gern in Frieden mit ihren Arbeitern leben und wären dann, wenn sich die Verhältnisse ändern und klären sollten, zu Verhandlungen bereit. Für diesmal müßten sie aber Lohn erhöhungen ablehnen. — Die Frage sei nun, ob man sich mit diesen Erklärungen der Unternehmer zufrieden geben wolle oder zum letzten Mittel, dem Streik, schreiten. Die Mitgliebergemeinschaft habe jetzt das Wort.

In der abendlichen Abstimmung über die Frage des Streiks wurde die erforderliche Divisionsmehrheit nicht erreicht. Der Streik ist abgelehnt.

Die Funktionäre blieben zu einer internen Sitzung zusammen.

## Gewerkschaftsbewegung Stimmt für Deutschland!

Der Bergarbeiterverband an die oberschlesischen Bergleute.

In einer Plenarkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, an der 500 Funktionäre, Vertrauensleute und Betriebsratsmitglieder des Verbandes teilnahmen, wurde gegen vier kommunistische Stimmen ein Aufruf an die oberschlesischen Bergleute angenommen, in welchem es u. a. heißt:

„Deutsch oder polnisch heißt die Parole, Kameraden, Bergarbeiter! Wir sind keine Nationalisten. Nur gezwungen durch unsere wirtschaftlichen Interessen müssen wir uns für die eine oder andere Seite entscheiden. Von Eurer Lage hängt eure Zukunft, das Wohl und Wehe Eurer Frauen und Kinder ab. Der Militarismus, der Euch so lange bedrückte, ist für Deutschland für alle Zeiten beseitigt. Neun Millionen freiorientierter Arbeiter und Angestellten bieten die Gewähr, daß die Reaktion ihre alte Herrschaft nicht wieder antritt. In Polen herrscht die Reaktion und der Militarismus... berechnete Lohnkämpfe werden durch die Soldateska niedergedrückt. Freiheitliche Zeitungen werden verboten, Gewerkschaftsbüros geschlossen, Organisationen aufgelöst, arbeiterfreundliche Abgeordnete, die im polnischen Parlament... protestierten, wurden gewaltsam von den Verhandlungen ausgeschlossen. Dem polnischen Parlament liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Aufforderung zum Streik mit Gefängnis und Zuchthausstrafe bedroht.

Bergarbeiter, Kameraden! Ein deutsches Oberschlesien bringt Euch Erhaltung und Ausbau Eurer erworbenen Rechte. Im polnischen Oberschlesien drohen Euch Ausnahmengesetze und militärische Sklaverei. Eure knappschaftlichen Rechte sind bei einem polnischen Oberschlesien in Gefahr, ihr benachteiligter Ausbau in einem deutschen Oberschlesien ist bei Polen unmöglich. Tausende von Euch finden jährlich Heilung und Erholung in den deutschen Heilanstalten. Polen besitzt derartige Heilanstalten nicht. In einem polnischen Oberschlesien müssen Eure Söhne unter dem Militarismus dienen. Im deutschen Oberschlesien gibt es keine Militärpflicht.

Zwei Sprachen beherrscht Ihr im deutschen Oberschlesien und beherrscht mindestens eine in der Schrift, dergleichen Eure Kinder, in einem polnischen Oberschlesien werden Eure Kinder bald, wie das in Polen der Fall ist, nicht mehr lesen und schreiben können. Wehlt und Wehrt bei Deutschland, Arbeitslosigkeit und damit Not und Elend bei Polen.

Bergarbeiter Oberschlesiens! Laßt Euch nicht durch nationalistische Phrasen täuschen. Berechnet Euch wirtschaftliche Vorteile. Nicht nationaler Haß, sondern internationale Solidarität führt uns aufwärts.

Kameraden! Im Interesse Eurer Familien, der Kultur, des Fortschritts und der Freiheit

### Stimmt für Deutschland!

#### Die armen Industriellen.

Die von den drei Metallarbeiterverbänden beantragte Verbindlichkeitsklärung des am 3. Januar 1921 in Dortmund gefällten Schiedsspruchs ist vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden. Der Reichsarbeitsminister begründete die Ablehnung wie folgt:

„Der vorwiegend auf die in letzter Zeit zurückgegangenen Ausfuhr eingestellten Hersteller Industrie wird durch die im Schiedsspruch vorgezeichnete Lohnregelung, namentlich für die Arbeiterarbeit und die ausgesprochene Rückwirkung der Steuerzulagen auf den 15. Dezember 1920, eine Leistung zugunsten, die sie im gegenwärtigen Augenblick nicht erbringen kann und die Einschränkungen der Erzeugung in den Betrieben zur Folge haben müßte. Die zwangsweise Durchführung des Schiedsspruchs liegt danach weder im Interesse der Allgemeinheit, noch der Beteiligten selbst.“

Es soll nicht geseugnet werden, daß sich die Exportindustrie in-

folge der „Sanktionen“ einer schwierigen Situation gegenübersteht, aber diese ewige Rücksichtnahme auf das Kapital berührt die dortenden Arbeiter, die gern mit den Aktionären tauschen würden, absolut nicht. Hat man während des Krieges der Industrie alles demüßigt, was sie verlangte, und ihr so die Möglichkeit gegeben, Riesengewinne auf Kosten der Steuerzahler einzuhemeln, so hindere man die Arbeiterschaft jetzt nicht daran, soviel von den Unternehmern als Lohn zu verlangen, wie zu einem menschenwürdigen Dasein und zur Erhaltung der Arbeitskraft notwendig ist. Sie ist das einzige Gut, über das das deutsche Volk heute noch verfügt. Untergräbt und vergeudet man es, dann werden nicht nur einzelne Industriezweige, sondern das ganze Volk daran zugrunde gehen.

#### An die im Afa-Bund organisierten Angestellten!

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der S.P.D. erläßt in der „Roten Fahne“ einen Aufruf zu Versammlungen, die am 13. März stattfinden und sich mit der Tagesordnung „Die Su-

## S. P. D. - Funktionäre!

Heute Freitag, den 11. März, abends 6 Uhr  
Allgemeine Funktionär-Versammlung  
im Lehrervereinshaus, Alexanderstr. 41.

Tagesordnung: Sozialdemokratie — Londoner Verhandlungen — Innere Politik. Referent: Dr. Wolf Braun, R. d. N. Zutritt haben nur mit neuen Ausweisarten versehene Funktionäre und Betriebsvertrauensleute. Mitgliedbuch der S.P.D. und Funktionärkarte müssen übereinstimmen.

Der Bezirksvorstand.

kunft der deutschen Gewerkschaften“ beschäftigen sollen. Durch die Ueberschrift des Aufrufes, der sich u. a. an die „in der Afa organisierten Angestellten“ wendet, wird erneut Verwirrung herbeigeführt. Wir erklären deshalb ausdrücklich, daß zwischen dem Bezirksverband der S.P.D. und den zentralen wie lokalen Körpern des Afa-Bundes keinerlei Abhängigkeit besteht. Stattdessen hat und lehnen die parteipolitische Verantwortung unterer Afa-Bewegung durch die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands und damit auch die Teilnahme an den angeforderten Versammlungen ab.

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa-Bund.)

In der Charlottenburger Gewerkschaftskommission machte Fleming Mitteilung über die Bemühungen des Ausschusses, das hintere Saalgebäude des Volkshauses, das am 1. April cr. in den Besitz der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung übergeht, zur weiteren Abhaltung von Versammlungen zu erhalten. Die Konsumgenossenschaft hat sich ablehnend verhalten, da ein Umbau der Säle in Lagerräume stattfinden muß. Beschlossen wurde, mit dem Besitzer Paul Hirsch nochmals in Verbindung zu treten, damit die übrig bleibende Summe von ca. 100 000 M. den Gewerkschaften zum Erwerb eines neuen Hauses überlassen werde. Die Versammlung sprach sich für das Bestehenlassen der Gewerkschaften in den Vororten, insbesondere für das Charlottenburger, aus. Sie hat nichts gegen ein zentrales Kaufmannsgericht einzuwenden, da nach Lage der Dinge die Anzahl der Klagen der Angestellten im Kaufmannsgericht lange nicht an die Zahl der gewerblichen Arbeiterschaft heranreicht.

Ein neuer Lohnarif für die Handelsreisende- und Arbeiterinnen des Einzelhandels sollte am Mittwoch vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin abgeschlossen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber erklärten, keinerlei Zugeständnisse machen zu können. Lehnten auch einen ept. Vergleich von vornherein ab. Die Vertreter des Transportarbeiterverbandes betonten, daß die bisherigen Löhne derart minimal sind, wie sie kein Tarifvertrag des Berufes

aufweist. Nach stundenlangen Beratungen wurde folgender Schiedsspruch gefaßt:

Auf alle im Lohnarif vorgezeichneten Löhne ist ein Zuschlag von 7,5 Proz. zu zahlen. Diese Lohnerhöhung soll bis zum 30. April d. J. Geltung haben.

Mit einer starken Minorität, die sich gegen die Annahme des Schiedsspruches wandte, stimmten die Funktionäre trotz der geringen Lohnerhöhung aus taktischen Gründen dem Schiedsspruch zu. Die Verammelten brachten aber zum Ausdruck, daß die Organisationsleitung alle Vorarbeiten zu treffen habe, falls konsequenter der Arbeitgeber der Schiedsspruch abgelehnt werden sollte. Eine heute stattfindende Branchenversammlung in der Unionsbrauerei, Havensände, wird entscheiden, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder ablehnen wird.

Angestellte des Möbelhandels! Vor dem Schlichtungsausschuß Groß-Berlin wurde am 8. März cr. über den Abschluß eines Tarifvertrages mit den Holzindustriellen und Möbelhändlern verhandelt. Der Beschluß des Schlichtungsausschusses, welcher dahin ging, den Arbeitgebern zu empfehlen, den alten Rahmentarif wieder in Geltung treten zu lassen und über neue Gehaltsätze bis zum 24. März cr. zu verhandeln, wird nach den Erklärungen derselben weder die Zustimmung der Holzindustriellen, noch der Möbelhändler finden. Wir weisen die Angestellten des Möbelhandels nunmehr darauf hin, daß ihre Arbeitgeber verpflichtet sind, auf Grund des verbindlich erklärten Tarifvertrages im Einzelhandel die Gehalts- und Arbeitsbedingungen zu regeln und bitten die Kollegenschaft, in allen Fällen, wo dieses Erfordernis besteht, sich an uns zu wenden, damit wir die Durchführung dieses allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages erzwingen. — Zentralverband der Angestellten, Fachgruppe Holz.

Kommunale Betriebsräte! Die Neuwahlen zu den einzelnen Betriebsräten haben in diesen Tagen stattgefunden und müssen in fast allen Betrieben erledigt sein. Die Meldungen über das Ergebnis der Wahlen liegen dem Gesamtbetriebsrat bis zur Stunde nur zum kleinsten Teil vor. Wir ersuchen, alle Resultate sofort dem Gesamtbetriebsrat zu übermitteln, um die Wahlen zu den Betriebsbetriebsräten usw. durchführen zu können.

Der Gesamtbetriebsrat.

Deutscher Reichsbund, Sonntag 14/10 Uhr im Gemeindefestsaal, Engel- unter 14/16, Jahresversammlung, Betriebsratsüberprüfung und Wahl des Betriebsrats und der Mitglieder zur engeren und erweiterten Betriebsverwaltung.

Zentralverband der Angestellten, heute Mittwochsversammlungen, Moos- kreuzstraße 7 Uhr im Gewerkschaftsgebäude, neu Friedrichstr. 85. — Ver- band- und Geschäfts- 7 1/2 Uhr in den Ruffen-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 11.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freie Arbeitervereine, Sonntag, den 12. März, 7 Uhr, Sitzung der Gewerkschaften, Geschäftsberatung, Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliche 2. Behörde- kammer, 3. Reichliche Sache, 4. Fraktionsangelegenheiten. — Montag, den 14. März, 7 Uhr, in der Aula des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Koch- straße 14, große öffentliche Gewerkschaftsversammlung, Referent: Stadthaus- inspektor Krahel, Dr. Herring, Frau Dr. Anna Siemsen. — Wand religiöser Sozialisten (Katholiken), heute 7 1/2 Uhr Lichtbildvortrag des Anbaltensenden Dr. v. Eichen über „Jüdische Welt und jüdische Weltanschauung“, Eintritt: Mitglieder 1 M., Gäste 2 M.

Samstag, den 12. März, 10 Uhr, Dr. Bremer Keller, Charlottenburg; für Krystall; 11. März, Berlin, Vortrag: Der deutsche Krieg G. m. d. D. Berlin, Frau: Ver- bands-Redaktions- u. Verlagsamt Paul Singer u. Co., Berlin, Unterstr. 1, Stern 1 Verlag.



General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg: Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114. Telefon: Amt Wilhelm Nr. 496 und 497.

# A. Wertheim Lebensmittel

Leipziger Strasse Königstrasse Rosenthaler Strasse Moritzplatz

Sowohl Vorrat:

### Frisches Fleisch

- Schweineschinken 15<sup>00</sup>
- Schweine-Bauch u. -Blatt 15<sup>00</sup>
- Schweinerücken Pfd. 15<sup>00</sup>
- Rinderkamm Pfd. 10<sup>50</sup>
- Rinderbrust Pfd. 10<sup>50</sup>
- Roastbeef Pfd. 11<sup>00</sup>
- Schmorfleisch m. Knochen Pfd. 11<sup>50</sup>
- Gulasch Pfd. 11<sup>00</sup>
- Gehacktes Rind- und Schweinefleisch 11<sup>00</sup>
- Hirschfleisch 9<sup>00</sup> 13<sup>00</sup> 16<sup>00</sup>

Hühner, Puten

### Kolonialwaren

- Pflaumen Pfd. 4<sup>80</sup>
- Gem. Backobst Pfd. 4<sup>80</sup>
- Amerik. Ringäpfel Pfd. 8<sup>20</sup>
- Kaliforn. Pfirsiche Pfd. 13<sup>00</sup>
- Bruchreis Pfd. 2<sup>25</sup>
- Vollreis Pfd. 3<sup>25</sup>
- Graupen Pfd. 2<sup>80</sup>
- Erbsen Pfd. 2<sup>45</sup>
- Grünkernmehl Pfd. 2<sup>30</sup>

### Wurst

- Zwiebelleberwurst 12<sup>00</sup>
- Rotwurst Pfd. 12<sup>00</sup>
- Landleberwurst Pfd. 19<sup>00</sup>
- Jagdwurst Pfd. 19<sup>00</sup>
- Fleischwurst Pfd. 19<sup>00</sup>
- Teewurst Pfd. 25<sup>00</sup>
- Schink.-Speck Pfd. 27<sup>00</sup>

in Stücken von ca. 1 1/2 Pfd.

### Käse

- Welchkäse nach Neufchâtel Pfd. 6<sup>00</sup>
- Auslandskäse nach Harzer Art Pfd. 9<sup>80</sup>
- Landkäse Pfd. 7<sup>40</sup>
- Goudakäse dan. Pfd. 9<sup>25</sup>
- Edamer Käse Pfd. 18<sup>00</sup>

### Fische

- Kabeljau in ganzen Flachsen ohne Kopf Pfd. 3<sup>00</sup>
- Bratzander Pfd. 10<sup>50</sup>
- Lebende Bleie Pfd. 7<sup>50</sup>
- Lebende Hechte Pfd. 13<sup>50</sup>

### Räucherwaren

- Bücklinge Pfd. 4<sup>80</sup>
- Sprotten Pfd. 5<sup>20</sup>
- Salzheringe gr. Stück 50 Pf.
- Fettheringe Stück 1<sup>20</sup>
- Herings-Rogen Pfd. 11<sup>0</sup>
- Herings-Milch Pfd. 1<sup>40</sup>

### Gemüse, Obst

- Kartoffeln 10 Pfd. 4<sup>80</sup>
- Kohlrüben Holl. Pfd. 40 Pf.
- Mohrrüben gewaschen Pfd. 35 Pf.
- Märk. Rübchen Pfd. 50 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfd. 1<sup>80</sup>
- Schnittlauch Topf 1<sup>40</sup>
- Blumenkohl Kopf 2<sup>80</sup>
- Maronen Pfd. 1<sup>80</sup>
- Felgen Pfd. 5<sup>50</sup>
- Zitronen gelbe, 3 Stück 85 Pf.
- Apfelsinen 50, 70, 95 Pf.
- Blutapfelsinen Stück 80 Pf.
- Johannisbrot Pfd. 1<sup>80</sup>

- Wildenten Stück 9<sup>00</sup>
- Frische Landeier Stück 1<sup>60</sup>
- Zwiebeln Pfd. 40 Pf.

- Margarine Pfd. 9<sup>50</sup> 1-Pfd.-Paket 9<sup>75</sup>
- Schweineschmalz garant. rein Pfd. 11<sup>50</sup>

- Bauernmettwurst Pfd. 20<sup>00</sup>
- Brühpölnische Pfd. 15<sup>00</sup>
- Geräucherter Speck Pfd. 12<sup>00</sup>

- Bordeauxwein Preis einloch. Flasche u. Steuer
- 1918 Chât. St. Georg. 22<sup>00</sup>
- 1918 Chât. du Pin 23<sup>75</sup>
- 1918 Chât. d. Vignes 26<sup>00</sup>
- 1917 Chât. Ferrand 29<sup>50</sup>
- 1918 Chât. Perreins 30<sup>50</sup>
- 1917 Château Larose 32<sup>50</sup>
- 1919 Montagne Natur. 15<sup>50</sup>
- Apfelwein 5<sup>00</sup>
- Heidelbeerwein 11<sup>50</sup>
- Johannisbeerwein 13<sup>50</sup>

**Außergewöhnliches Angebot!**  
Blut- oder Leberwurst 4<sup>25</sup>  
2 Pfund-Dose  
Rind- u. Schweinefleisch 9<sup>25</sup>  
2 Pfund-Dose  
Schnellerer Abfertigung halber empfiehlt es sich, Käse oder Taschen mitzubringen

Im Erfrischungsraum: Schokoladenkränze Stück M. 7.50